

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Heidelberger Tageblatt. 1884-1896 1950

81 (23.3.1950)

Donnerstag, den 23. März 1950

Erscheint täglich außer sonn- und feiertags. Bezugspreis monatlich DM 2.30 zuzüglich DM 0.40 Trägerlohn. Postbesitzer monatlich DM 2.50 (einschl. Zeitungsgeld) zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreis: 1 spaltig = 46 mm breit DM 4.40 per mm nach Preiskarte Nr. 2. 57. Jahrgang des Heidelberger Tageblatts

Tageblatt

Nr. 81 - 2. Jahrgang - Preis 15 Pfg.

Verlag: Carl Pfeiffer Verlag u. Heidelberger Gutenberg-Druckerei G. m. b. H., Heidelberg. Verlag und Redaktion: Brunnenstraße 18-24, Tel. 37724. Herausgeber: Dr. Otto Pfeiffer, Wilhelm Reichenbach, Dr. Rudolf K. Goldschmidt-Jentner, - Postfach Kastelstraße 44 34. Chefredakteur: Dr. Karl Silex

UNABHÄNGIGE HEIDELBERGER ZEITUNG

Bonns Bedingungen für gesamtdeutsche Wahlen

„Jetzt in das Stadium praktischer Erwägungen gerückt“

Bonn. Die Bundesregierung hat in logischer Fortentwicklung der jüngsten Erklärung des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy über die Abhaltung deutscher Wahlen am Mittwochmittag eine Erklärung veröffentlicht, in der darauf hingewiesen wird, daß auch die Sowjetunion auf den verschiedenen Außenministerkonferenzen sich für ein geeintes Deutschland ausgesprochen habe. Die Bundesregierung steht auf dem Standpunkt, daß zur Erreichung dieses Zieles folgendermaßen verfahren werden könne:

1. Nach Erlass eines Wahlgesetzes durch die vier Besatzungsmächte werden gesamtdeutsche Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung ausgeschrieben.

2. Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen in allen Teilen Deutschlands unter Kontrolle von Alliierten oder von Vertretern der UNO zusammengesetzten Kommissionen.

3. Einzige Aufgabe der Nationalversammlung ist die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung. Der Verfassungsentwurf wird dem deutschen Volk zur Bestätigung vorgelegt.

Die Voraussetzungen: Völlige Freiheit

Voraussetzung für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen ist nach Ansicht der Bundesregierung die absolute persönliche und politische Bewegungsfreiheit. Dies gilt auch für die politischen Parteien. Außerdem müsse die persönliche Sicherheit und der Schutz vor wirtschaftlicher Benachteiligung aller für politische Parteien tätigen Personen von allen vier Besatzungsmächten und den deutschen Behörden vor und nach der Wahl gewährleistet sein. Vertriebsfreiheit für alle Zeitungen und Freiheit des Personenverkehrs innerhalb ganz Deutschlands unter Fortfall des Interzonenpasses seien weitere dringliche Voraussetzungen. Die Bundesregierung erklärt, daß die Herstellung und Sicherung dieser Freiheiten einzig und allein bei den vier Besatzungsmächten liege. Infolgedessen müßten den Deutschen auch das Recht gegeben werden, jederzeit zum Schutz dieser Rechte die Vermittlungsinstanzen anzurufen zu können. Schließlich richtet die Bundesregierung einen Appell an alle Deutschen, an sämtliche Besatzungsmächte und darüber hinaus an die gesamte Weltöffentlichkeit, dem deutschen

Volk „bei seiner Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ zu helfen.

Dem Bundeskanzler nahestehende Kreise weisen darauf hin, daß durch das Kommuniqué der Bundesregierung die Frage der Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen aus dem Vorstadium herausgelöst und in den Bereich praktischer Erwägungen gerückt sei. Die Bundesregierung lasse keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es Sache der vier Besatzungsmächte sei, die notwendigen Voraussetzungen und selbstverständlich auch die erforderlichen Garantien zu schaffen, da sie im wesentlichen machtpolitische Natur seien und die Zuständigkeiten sowohl von Bonn als auch von Ost-Berlin überschritten.

Der Vorschlag, die Wahlen unter die Kontrolle von Alliierten oder UNO-Kommissionen vorzunehmen zu lassen, sei nicht neuartig, sondern fuße auf den guten Erfahrungen mit der Saarkommission des Völkerbundes nach dem ersten Weltkrieg. Die Apparatur, um ein analoges Verfahren bei den gesamtdeutschen Wahlen anzuwenden, sei unstrittig vorhanden und es sei nur zu hoffen, daß man auch in Ost-Berlin zu den Vereinten Nationen das gleiche Vertrauen habe wie in Bonn. Die Existenz von alliierten Besatzungstruppen in ganz Deutschland müsse, trotz aller Verschiedenartigkeit der Verfassungen, zum wenigsten bewirken können, daß das besetzte Territorium seine politische administrative Einheit zurückerhalte. Der Wille, diese Einheit wiederherzustellen, sei im ganzen deutschen Volk lebendig, wobei die Frage weltanschaulicher Differenzen durchaus eine zweite Rolle spiele.

Berlin. Der Präsident der Volkskammer der Sowjetzone Johannes Dieckmann (LDP), der als erster Sowjetzonenpolitiker zum Vorschlag der Bundesregierung über allgemeine Wahlen Stellung nahm, lehnt den Vorschlag ab. Voraussetzung für gesamtdeutsche Wahlen, so erklärte er, wäre das Einverständnis aller vier Besatzungsmächte.

SPD und KPD verließen Bundestag

Ein Nachspiel zur Hedler-Schlügerei

Bonn. Wie erwartet, hat die von Bundestagspräsident Dr. Köhler angeordnete Untersuchung des letzten Hedler-Zusammenstoßes im Bundestag zu einer neuen, bedauerlichen Zuspitzung der Lage geführt. Dr. Köhler verlas zu Beginn der Mittwochsitzung eine Erklärung, aus der sich ergab, daß die der SPD angehörenden Abgeordneten Wehner und Heiland sich zu Täuschlichkeiten gegen Hedler hatten hinreißen lassen, als dieser sich anschickte, das Bundesthaus zu verlassen. Hierin erblickt der Bundestagspräsident den Tatbestand einer „gröblichen Verletzung der Ordnung des Hauses“.

Nur mit Rücksicht darauf, daß sowohl Wehner als auch Heiland den nationalstaatlichen schweren Verfolgungen ausgesetzt waren, sah der Präsident von der Anwendung der zuzumessenden Höchststrafe — Ausschließung bis zu 30 Sitzungstagen — ab und schloß Wehner auf zehn und Heiland wegen tätlicher Mithilfe auf acht Sitzungstage aus. Hierauf wollte die SPD-Fraktion eine Erklärung verlesen lassen, wurde aber daran durch Dr. Köhler verhindert.

Die SPD-Fraktion verließ daraufhin demonstrativ die Sitzung, gefolgt von den Kommunisten. Es ist das das dritte Mal seit Bestehen des Bundestages, daß die SPD zum Protest gegen eine Maßnahme des Bundestagspräsidenten die Sitzung verlassen hat.

„Herr Hedler ist kein Abgeordneter, sondern jemand, der sich durch Fälschungen ein Mandat erschlichen hat und trotz offensichtlichen Bekanntwerdens seiner Fälschungen in provokatorischer Weise die Rechte eines Abgeordneten geltend zu machen versucht hat“, heißt es in einer Erklärung der SPD-Fraktion, die sie nach ihrem Auszug aus dem Bundestag veröffentlichte.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD-Fraktion verließ daraufhin demonstrativ die Sitzung, gefolgt von den Kommunisten. Es ist das das dritte Mal seit Bestehen des Bundestages, daß die SPD zum Protest gegen eine Maßnahme des Bundestagspräsidenten die Sitzung verlassen hat.

„Herr Hedler ist kein Abgeordneter, sondern jemand, der sich durch Fälschungen ein Mandat erschlichen hat und trotz offensichtlichen Bekanntwerdens seiner Fälschungen in provokatorischer Weise die Rechte eines Abgeordneten geltend zu machen versucht hat“, heißt es in einer Erklärung der SPD-Fraktion, die sie nach ihrem Auszug aus dem Bundestag veröffentlichte.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren.

Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Die SPD erklärt, daß diese Einzelheiten des Falles Hedler sowohl den Ausschluß als auch dem Bundestagspräsidenten bekannt waren. Nach ihrer Meinung ist „jede zum Schutz eines Schwändlers getroffene Maßnahme, die Abgeordnete in der Ausübung ihres Mandats beeinträchtigt, auf der Aufgabe und der Selbstachtung des Hauses und den Pflichten des Präsidenten „unvereinbar“.

Unsere Meinung

Adenauers Union-Plan

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich durch die kühle oder ablehnende Aufnahme, die sein erster Vorschlag zur Gründung einer deutsch-französischen Union gefunden hat, nicht beirren lassen. Mit jener eigenwilligen Zähigkeit, um die ihn Freund und Feind bewundern oder beneiden, ist er nach dem ersten Mißerfolg sofort wieder zum Angriff übergegangen. Indem er die Schaffung einer Wirtschaftsunion und eines deutsch-französischen parlamentarischen Rates nannte, hat er gezeigt, daß es tatsächlich Ansatzpunkte zu einer Verwirklichung seiner Idee gibt. Es kommt jetzt nur auf den Grad der Energie an, mit dem man daran gehen will und wird, dem Gedanken zu fester Gestalt zu verhelfen. Jeder, der den Umfang des angesprochenen Problems nur annähernd abzuschätzen versteht, weiß, daß eine deutsch-französische Union Europa auf eine völlig neue Grundlage stellen würde, aber er weiß auch, daß sich diese Union nicht einfach durch einen Federstrich verfügen läßt. Sie wird hart zu erarbeiten sein durch Überwindung des Mißtrauens, durch Verneinung neuer, von allem psychologischen Fehler, Zurückstellung egoistischer Gesichtspunkte auf beiden Seiten. Die Völker Deutschlands und Frankreichs wissen, wie wenig sie von einer Aufrechterhaltung der Rivalität zwischen beiden Ländern zu erwarten haben; die Staatsmänner und Politiker sollten dem mehr Rechnung tragen. General de Gaulle hat mit seiner bejahenden Erklärung zu Adenauers Vorschlag in seinem Land — gleichgültig welches letztlich und im Einzelnen die Motive des Generals gewesen sind — mehr Auftrieb erfahren als durch alle seine Kundgebungen gegen die Verfassung, die Parteien, die Korruption oder den Kommunismus, weil er die Parole gefunden hat, die zu ründen vermag. Die gleichen Gefühle lassen sich auch in Westdeutschland nachweisen. Die erste Auslassung einer amtlichen französischen Stelle deutet zwar Vorbehalte an, — Vorbehalte sind bis zu ihrer Widerlegung stets berechtigt —, scheint ihrem Ton nach aber schon auf größere Aufgeschlossenheit hinzuweisen. Europa strebt einer Neugliederung zu und muß alte Begriffe und Vorurteile überwinden. Es gibt über dem souveränen Staat auch andere Einteilungen der Menschheit, deren Wert durchaus hoch anzuschlagen ist. Der deutsche Bundeskanzler hat einen Weg gewiesen: Er ist nicht frei von Geröll, aber er ist gangbar, wenn der gute Willen nicht fehlt. H-g.

Bonn und Straßburg

Eine neue Welle der Beschäftigung mit Deutschland als internationalem Thema ist durch eine Reihe politischer Vorgänge ausgelöst worden: die Saarkonvention, der Unionsvorschlag Adenauers, die Reaktion de Gaulles und das Wiederaufleben der Remilitarisierungsdebatte durch die Churchill-Rede, die Straßburger Europaberatung und schließlich die amerikanische Diplomatenkonferenz in Rom. Es ist hier eine ziemlich komplizierte Verschlingung verschiedenartiger Motive entstanden. Es wird davon gesprochen, daß sich Adenauer und de Gaulle „Bälle zuwerfen“, daß Churchill eine persönliche Meinung und nicht die seiner Fraktion vertrat, als er für einen deutschen Verteidigungsbeitrag plädierte, daß Bidault mit seiner plötzlichen Reise nach Straßburg die Bedeutung des Europagedankens gegenüber der von de Gaulle aufgenommenen deutsch-französischen Union betonen wollte; es fiel auch auf, daß es ein berühmter amerikanischer Journalist war, durch den Adenauer seinen kühnen Vorschlag bekanntgab; Adenauer selbst sprach in seinem Messagero-Interview von einem „leichten Druck der Amerikaner“, der auf Frankreich ausgeübt werden könnte; die linksstehende „Liberation“ erklärt polemisch, man wolle den Europarat eine Achse Bonn-Paris entgegenstellen — kurz das Deutschlandthema ist auf internationaler Ebene in die Strategie zwischen Regierungen und Oppositionen und auch persönliche Ehrgeize geraten. Festzuhalten bleibt zunächst, daß — möglicherweise als Folge einer Art kollektiven schlechten Gewissens wegen der Pariser Saarkonventionen — sich das politische „Klima“ für Deutschland wieder etwas erwärmt hat. Der französische Hohe Kommissar François Ponceat hat in Ludwigshafen eine Rede vor Deutschen gehalten, die als „betont ermutigend“ bezeichnet wird. Die Schweiz spricht die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung nicht etwa ihre Karte auf eine größere Konzessionsbereitschaft der Rechtsopposition setzt und sich damit dem offiziellen London und Paris entzweit. Die Times fordert eine gleichberechtigte Behandlung Deutschlands durch die Westalliierten und warnt davor, es zu oft nach Art einer altmodischen Gouvernante zu tadeln. Im Unterhaus hat der Sprecher des Foreign Office erklärt, Außenminister Bevin werde es nicht zulassen, daß das französisch-saarländische Abkommen die endgültige Regelung der Saarfrage vorwegnehme. Aus der widerspruchsvollen Deutschlanddiskussion läßt sich immerhin als Tenor herauslesen, daß die

Adenauer noch dieses Jahr in Rom

Für enge Zusammenarbeit mit Italien

Rom. Für eine enge deutsch-italienische Zusammenarbeit sprach sich Bundeskanzler Dr. Adenauer in einem Interview aus, das er dem Korrespondenten des „Messagero“ in Deutschland, Dr. Carlo Trotter, gewährte. Dr. Adenauer bezeichnete die deutsch-italienischen Beziehungen als wesentlich für das Gesamtwohl Europas. Auf die Frage nach dem geplanten Italien-Besuch Adenauers erwiderte der Bundeskanzler, er werde bestimmt noch in diesem Jahr in die ewige Stadt kommen, doch könne er den genauen Zeitpunkt noch nicht bestimmen.

Einleitend spielt der Korrespondent in seinem Bericht auf das Mißtrauen der Besatzungsmächte an, die die deutsch-italienischen Wiederanknüpfungsversuche vielleicht nicht mit allzugroßer Sympathie beobachten. Adenauer, so geht aus dem Interview hervor, kennt Italien bisher noch nicht. Doch äußerte er sich in Worten höchster Achtung und Anerkennung über das italienische Volk und besonders über Ministerpräsident de Gasperi. Er betonte, daß Italien als erstes Land nach dem Kriege einen diplomatischen Vertreter in der Person des Gesandten Babuscio Blazo in Deutschland ernannt habe und daß die-

ser auch der Erste gewesen sei, der sich in Bonn der neuen deutschen Regierung vorstellte. Adenauer sprach sich ferner in Worten größter Verehrung über die Person des Papstes aus.

Papst Pius drückte beim Empfang des neuen libanesischen Gesandten im Vatikan die Hoffnung aus, daß sich Mohammedaner und Christen in der ganzen Welt gegen den Kommunismus zusammenschließen werden. Dies wurde am Dienstag vom libanesischen Außenministerium mitgeteilt.

Italienischer Generalstreik ohne Märtyrer

Starker Einsatz von Polizei und Truppen

Rom. Der Generalstreik in Italien ging in den Abendstunden zu Ende, ohne daß es während des Tages zu ernstem Zwischenfällen gekommen war. Nur aus Parma wird ein größerer Zusammenstoß zwischen Streikenden und Polizisten gemeldet, bei dem eine Person getötet und mehrere Personen verletzt wurden. Ein Regierungssprecher sagte am Mittwochabend, durch den

starken Einsatz von Polizisten und Truppen sei das wichtigste Ziel des Streikes, nämlich Märtyrer zu schaffen, von den Kommunisten nicht erreicht werden. Die kommunistische Frühjahrs-offensive werde in Italien ebenso scheitern wie in Frankreich. Von der kommunistischen Gewerkschaftsleitung wurde erklärt, der Streik sei ein voller Erfolg gewesen. Die italienischen Arbeiter hätten bewiesen, daß sie die Beseitigung ihrer Freiheiten nicht dulden würden.

In der Kammer erklärte ein Sprecher der Nenni-Sozialisten, die Regierung sei für die Erschießung von zwei Bauern in Dentella bei Chiati verantwortlich. Daraufhin kam es in der Kammer zu einem lauten Tumult. Kommunisten und Anhänger der Regierungsparteien versuchten, einander zu überschreien.

Venzelos beauftragt

Athen. König Paul von Griechenland beauftragte den Führer der Liberalen Partei, Sophokles Venzelos, mit der Neubildung der Regierung. Der Führer der Monarchistischen Volkspartei, Konstantin Tsaldaris, hatte den ihm wenige Stunden vorher erteilten Auftrag zurückgegeben, nachdem eine Unterredung mit Venzelos stattgefunden hatte. Tsaldaris wollte eine rechtsgerichtete Regierung bilden. Venzelos tritt demgegenüber für eine Koalition der Mittelparteien ein.

Belgische Regierungskrise hält an Brüssel. Der bisherige belgische Ministerpräsident Gaston Eyskens hat den Versuch aufgegeben, ein neues belgisches Kabinett zu bilden. An seiner Stelle wurde Baron Carton de Wiart, der gleichfalls der Christlich-Sozialen Volkspartei angehört, von Prinzregent Charles beauftragt, vorbereitende Besprechungen über die Neubildung der belgischen Regierung zu führen.

Schweden für Gesamtdeutschland

Eine Stockholmer Regierungserklärung

Stockholm. Eine erste amtliche Stellungnahme der schwedischen Regierung zur Deutschlandfrage seit Ende des Krieges stand am Beginn einer Erklärung, mit der die Regierung die außenpolitische Debatte eröffnete. In dieser Erklärung heißt es: „Obwohl seit Kriegsende nahezu fünf Jahre verstrichen sind, haben die Siegermächte sich über die Zukunft Deutschlands noch immer nicht einigen können. Gegenwärtig hat es den Anschein, als ob die Aufteilung Deutschlands in eine West- und eine Ostzone sich konsolidiere. Deutschland, das durch seine Macht früher eine Gefahr für Europa und die Welt gewesen ist, bildet durch seine politische und wirtschaftliche Ohnmacht jetzt einen Leerraum inmitten Europas und hat damit einen störenden Charakter für die Weltpolitik.“ Auf allen Seiten bestehe Einigkeit darüber, daß die Aufteilung Deutschlands nicht endgültig werden darf. „Schwedischerseits kann man nur die Hoffnung ausdrücken, daß bald neue Anstrengungen unternommen werden, den Inhalt des Friedensvertrages festzustellen, und daß die Vertreter der verschiedenen Teile Deutschlands Gelegen-

heit zu direkter Mitarbeit erhalten. In einem künftigen Friedensvertrag muß ein einheitliches Deutschland Partner sein.“

Gerüchte um Molotow

London. Die plötzliche Reise des sowjetischen Botschafters in London, Zarubin, nach Moskau hat Anlaß zu verschiedenen Kombinationen gegeben. Es wird einmal der Vermutung Ausdruck verliehen, daß die Berichterstattung des Botschafters notwendig geworden sei im Hinblick auf die für Ende April vorgesehene Besprechung der Außenminister Frankreichs, Englands und der USA und zum anderen wird darauf hingewiesen, daß sie auch mit der Fortsetzung der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag in Verbindung stehen könne. Mit Nachdruck werden in London weiter die Gerüchte von einem bevorstehenden Besuch Molotows in der englischen Hauptstadt demütiert.

Erstes Uranvorkommen in Algerien entdeckt. In Hamman Bou Hadjar, in der Nähe von Oran (Algerien) wurde das erste Uranvorkommen in Algerien entdeckt.

westeuropäischen Regierungen, einschließlich der britischen, die Bedeutung der Straßburger Europaorganisation im Hinblick auf Deutschland größer denn je einschätzen. Bidault hat dies durch seine Anwesenheit bei der Eröffnungssitzung des Hauptausschusses in Straßburg, der den Plan einer europäischen Exekutive auszuarbeiten soll, demonstrativ unterstrichen und ganz allgemein wird die Erwartung ausgesprochen, daß Bonn nüchtern und ohne Ressentiment sich bald dazu entschließen möge, die Atmosphäre mit seinem Antrag auf Beitritt zum Europarat zu klären. Der für Aufnahme gesuchte zuständige Ministerrat wird am 30. März in Straßburg tagen.

Keine „österreichische Sprache“

In Balkenlettern verkündet ein Wiener Abendblatt, daß man von einer Reform der österreichischen Rechtschreibung abgesehen habe. Mit dieser Erklärung, die der Bundesminister für Unterricht Dr. Hurdes soeben im Parlament abgab, wird ein heftiger Pressekrieg beendet, der ein ungewöhnlich starkes Echo entfacht hatte und, weit mehr als alle Fragen der Innen- und Außenpolitik, die gesamte Öffentlichkeit seit Wochen beschäftigte. Die Sache begann damit, daß vor zwei Monaten eine „große Kommission“, die seit mehr als drei Jahren an einem neuen Wörterverzeichnis für den Gebrauch an österreichischen Schulen arbeitet, stolz von ihrer Tätigkeit berichtete und die stauende Öffentlichkeit damit überraschte, daß man auf dem besten Wege war, sich von dem „Diktat des Duden“ freizumachen und eine eigene österreichische Schriftsprache einzuführen. Was niemand, der das Desinteresse der österreichischen Öffentlichkeit an allen amtlichen Maßnahmen kennt und die Lethargie breitesten Volksschichten in den letzten Jahren beobachtet hat, erwartet hätte, trat ein: ein Sturm der Entrüstung brach los und die ersten scharfen Polemiken bekannter Schriftsteller unter der Führung von Hans Weigel und Alexander Lernet-Holenia fanden begeisterten Widerhall. Kein Tag verging, ohne daß gegen diese Zumutung Sturm gelaufen wurde, die Zeitungen brachten Leserzuschriften und teils ernste, teils ironische und witzige Beiträge, vom Leitartikel bis zur Karrikatur wurde alles vom „Wörterbuch“ beherrscht und erst nach geraumer Zeit hatten sich die Verteidiger des Unternehmens so weit gefaßt, daß sie erste, schlichte Versuche machten, sich zu verteidigen. Doch die „Stimme des Volkes“ gab diesmal nicht nach und mehr als jede Steuer oder jeder Korruptionsskandal erbitterte dieser Versuch der Obrigkeit, einfach eine neue Sprache zu schaffen, die man, wie mit Recht in vielen Artikeln festgestellt wurde, schon in der nächsten Generation im übrigen deutschen Sprachgebiet nicht mehr verstanden hätte. Wie man sieht, eine sehr lehrreiche Geschichte, die stark für die Österreicher spricht! H. Sch.

Politische Manager in Sowjetrußland

Aus London kabele ein amerikanischer Korrespondent das Gerücht, ein Sowjetdiplomate habe inoffiziell sondiert, ob die Engländer und Amerikaner es begrüßen würden, wenn Stalin nach London zu Besprechungen auf höchster Ebene kommen würde. Die Antwort sei entmutigend gewesen. Daß diese Nachricht objektiv richtig ist, erscheint mehr als fraglich, aber sie paßt in das Bild, das der Kreml gegenwärtig von seinen Absichten gibt. Zur gleichen Zeit als jetzt in vielen demokratischen Ländern des Westens Wahlen stattfanden, wurde in Rußland der oberste Sowjet gewählt. In den meisten westlichen Staaten gab es Überraschungsergebnisse mit entsprechender Ablösung der führenden Gruppen. In Rußland stimmten 99,96 Prozent der Wähler ab, von denen sich 99 Prozent für die aufgestellten Kandidaten aussprachen. Die von der Mathematik gesetzte Grenze der politischen Demonstration kann ja in keinem Fall überschritten werden. Auch Stalin konnte in seinem Bezirk nicht mehr als 100 Prozent der Stimmen gewinnen. So sinnlos schon nach dem Text des Wahlgesetzes

diese Abstimmungen in Rußland als demokratische Bestätigungen sind, so wäre es doch falsch, ihnen nicht eine Funktion zuzuschreiben. Sie vollzogen sich im Stile von Volksfesten und es ist durchaus vorstellbar, daß sich vor allem die junge Generation von der Nachkriegsbilanz der Sowjetpolitik (nachdem zu den Erfolgen in China nun auch eine allgemeine Preisabsetzung erfolgte) beeindruckt ließ. Die Diktatur benutzte die Wahlen als eine Art Lautsprecher, der ebenso sehr für die Ohren außerhalb der sowjetischen Wählerschaft bestimmt war. Während Stalin selbst schwieg, ohne daß dem Auslandskorrespondenten erlaubt wurde, diese ungewöhnliche Zurückhaltung zu erklären, waren die außenpolitischen Reden der führenden Männer des Politbüro völlig auf das gestimmt, was man draußen eine „Friedensoffensive“ zu nennen pflegt. Vor allem Molotow und Malenkow, die beiden Rivalen um die Nachfolge Stalins, streckten ziemlich konkret formulierte Fühler aus. Es ist schwer vorzustellen, welche Ziele eigentlich der Kreml mit diesen periodischen Friedens-

offensiven verfolgt. Wenn es ihm ernst damit wäre, ständen ihm, wie seinerzeit ja das Beispiel Berlins zeigte, diplomatische Kanäle offen. Es liegt daher nahe, anzunehmen, daß es sich schließlich doch nur um Parolen für den inneren Konsum handelt. Dies führt auf den wichtigsten Unterschied zwischen den Wahlen in demokratischen Ländern und dem diktatorisch regierten Rußland. Während in Finnland, in Ägypten, in Dänemark, in Griechenland, in gewissem Sinn auch in England mit den Wahlen neue Führerschichten an die Regierung gebracht wurden, können die Wahlen im Sowjetsystem immer nur die bereits bestehenden leitenden Gruppen im Amt bestätigen. Es fehlt so die „Zirkulation der Eliten“, die eine der wichtigsten Kraftquellen der Demokratien ist.

Die „Nummer 2“

Dies wird auch in Sowjetrußland, wie besonders aus früheren Reden Malenkows hervorgeht, als nicht ungefährliche Schwäche empfunden. Jedoch liegt hier eine für das autoritäre System unlösbare Aufgabe, denn jede Zulassung einer Opposition würde den Bestand des Staates von innen bedrohen. Malenkow, der von den Diplomaten in Moskau als „Nummer 2“ bezeichnet wird, weil er so dicht hinter Molotow im Rennen liegt, verkörpert die gegenwärtig herrschende Generation. Schon körperlich hat er eine gewisse Ähnlichkeit mit Bormann und ebenso wie dieser ist er als Organisator und politischer Manager der Partei emporgestiegen. Gegenüber der alternen Generation Stalins und Molotows, die revolutionäre Kämpfer und Theoretiker zugleich waren, ist er der undogmatische, in dem gegenseitigen terroristischen Säuberungsaktionen groß gewordene, rücksichtslose politische Techniker. Als „wandelndes Aktenstück“, ausgestattet mit einem erstaunlichen Gedächtnis, das ihn die Doziers aller oberen Parteimitglieder mit ihren persönlichen Angriffsfähigkeiten im Kopf haben läßt, war er für Stalin ein unentbehrliches Werkzeug im Kampf um die Macht. In diplomatischen Kreisen Moskaus erfreut er sich geringer Sympathie. Während Stalin bekanntlich sehr jovial sein kann und Molotow immerhin gelegentlich zu einem Lächeln zu bewegen ist, ist Georgy Malenkow der fanatisch humorlose, den Ausländern gegenüber völlig verschlossene Partifunktionär, so als stamme er aus Orwells Romanutopie „1984“. Westliche Beobachter sind nicht gerade beruhigt bei dem Gedanken, daß es der Typ Malenkow sein wird, der auf die stalinistische Phase folgen muß. Jedenfalls glaubt man zu wissen, daß die noch ungeklärte Frage des Anwerfers auf die mächtigste Stellung auch das Politbüro beschäftigt, und daß hinter den Kulissen ein Parteikongreß vorbereitet wird, der erste seit 1939, der den Mechanismus der Nachfolge in der Sowjetunion ausarbeiten soll.

Auf der Linie Lübeck-Triest

Englische Betrachtung über Verteidigung Westeuropas

London. Die konservative „Daily Mail“ fordert, Deutschland solle „ein Kontingent für die westeuropäische Verteidigung“ stellen. Man müsse eine solche Verteidigungsmacht bilden, wenn die westeuropäische Union etwas bedeuten soll.

„Man vereinfacht die Angelegenheit zu sehr, wenn man sagt, Deutschland müsse abgerüstet bleiben“, führt das Blatt aus. „Natürlich muß es das, doch wie lange? Fünf Jahre nach ihrer erschütternden Niederlage haben die Deutschen kein Verlangen nach militärischem Ruhm. Aber diese Zeit wird vorübergehen und tut es tatsächlich schon. Die Deutschen beginnen sich zu erinnern, daß sie immer noch die größte und potentiell die mächtigste europäische Nation sind. Würden die Westalliierten, wenn die Deutschen eine begrenzte Wiederaufrüstung fordern, bereit sein, diese mit Gewalt zu verhindern und dabei zu riskieren, daß Deutschland in eine Allianz mit der Sowjetunion gezwungen wird.“

Die „Daily Mail“ beruft sich dann auf General Clay, den früheren amerikanischen Militärgouverneur in Deutschland, der vorgeschlagen habe, daß jedes Land für die westliche Streitmacht den Teil beitragen soll, den es am besten zur Verfügung stellen kann. „Großbritannien würde die Flotte und die Kampfflugzeuge stellen, Frankreich die Panzerwaffe und so fort. Der Vorschlag ist logisch. In diesen Rahmen

könnte man auch den deutschen Beitrag einfügen, sagen wir in Gestalt der Infanterie. Wenn Deutschland überhaupt keine Waffen besitzen soll, dann ist es schon besser, es auf unserer Seite und unter unserer Aufsicht zu bewaffnen, als es in gegenüberliegende Lager hineinzu-zwingen.“

Endgültiger Benzinpreis 55 Pfennig

Bonn. Nach viermonatigen Beratungen hat der Bundestag in seiner Mittwoch Sitzung endlich den Schlußstrich unter den Treibstoffwirrwarr gezogen. Nachdem noch in erster Lesung des Treibstoffgesetzes am 16. März ein Benzinhöchstpreis von 0,53 DM beschlossen worden war, brachten jetzt die Regierungsparteien einen Änderungsantrag ein, in dem ein Benzinhöchstpreis von 0,55 DM als notwendig bezeichnet wurde. Nach einer kurzen Debatte wurde der Antrag der Regierungsparteien in zweiter Lesung und dritter Lesung angenommen.

Hierauf gilt mit Wirkung vom 1. April für Benzin ein Höchstpreis von 0,55 DM je Liter und für Dieseldieselkraftstoffe ein solcher von 0,38 DM je Kilo. Diese Preisregelung tritt mit dem Zeitpunkt der Treibstoff-Freigabe durch die Hohen Kommissare außer Kraft. Bundesfinanzminister Dr. Schäffer erklärte die geringe Erhöhung um zwei Pfennig bei Benzin für unumgänglich notwendig, um die Mittel für die Subventionierung der verbilligten Treibstoffe für die Landwirtschaft und die Binnenschifffahrt sicherzustellen.

Südwürttemberg für Wohls Vorschlag

Tübingen. Das Kabinett von Württemberg-Hohenzollern hat unter Vorsitz von Staatspräsident Dr. Müller dem Vorschlag des südbadischen Staatspräsidenten Wohls zugestimmt, wonach die Regierungsbefehle der drei südwestdeutschen Länder sobald wie möglich noch einmal versuchen sollten, zu einer Vereinbarung über die Neuordnung des südwestdeutschen Raumes zu kommen.

Staatspräsident Wohl hatte seinen Vorschlag in der vergangenen Woche der Tübinger und der Stuttgarter Regierung übermittelt. Das Tübinger Kabinett ist damit einverstanden, daß die Regierungsbefehle von Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden entsprechend dem Vorschlag Wohls in Freudenstadt zusammenzutreffen. Als Termin für die Zusammenkunft schlägt das Kabinett den Anfang der nächsten Woche vor.

Grenzlandhöfe werden wieder aufgebaut

Bundestag billigt Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses

Bonn. Der Bundestag billigte fast einstimmig einen Antrag des Landwirtschaftsausschusses, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, Mittel für den Wiederaufbau kriegszerstörter landwirtschaftlicher Anwesen noch in diesem Jahr zur Verfügung zu stellen. Mit besonderem Nachdruck soll an den Wiederaufbau der Bauernhöfe in den westlichen Grenzgebieten, der sogenannten „roten Zone“ herangegangen werden. Diese Betriebe sollen bevorzugt mit dem notwendigen lebenden und toten Inventar ausgestattet werden.

Auch die jetzt auf französischem Gebiet liegenden Grundstücke der Grenzlandhöfe sollen so schnell wie möglich wieder genutzt werden, nachdem in Verhandlungen mit den Hohen Kom-

missaren die Rechtsgrundlage hierfür geschaffen ist.

Ferner billigte der Bundestag in erster Lesung einen Gesetzentwurf über die Finanzverwaltung. Dieses Gesetz hatte sich durch den Übergang zahlreicher finanzieller Aufgaben von den Ländern auf den Bund als notwendig erwiesen. Als Bundesfinanzpräsidenten amtierend in Zukunft die Oberfinanzpräsidenten und als örtliche Behörde die Hauptzollämter einschließlich ihrer Hilfsstellen sowie die Zollfahndungsstellen. Die oberste Leitung der Bundesfinanzbehörden steht dem Bundesfinanzminister zu.

Im April sollen von amerikanischen Sachverständigen auf dem Eniwetok-Atoll im Pazifik die ersten Versuche mit der Wasserstoffbombe durchgeführt werden.

Antisowjetische Widerstandsgruppen hören „Stimme Amerikas“

New York. Die vor einigen Wochen eingeleitete Rundfunkpropaganda der „Stimme Amerikas“, die für die Satelliten-Staaten der Sowjetunion bestimmt ist, soll sich, wie von unrichtiger Seite erklärt wird, bis jetzt bewährt haben. Es lagen zahlreiche Beweise dafür vor, daß die Sendungen empfangen und mit Interesse gehört werden. In Polen zum Beispiel würden von den Sendungen der „Stimme Amerikas“ 75 bis 80 Proz. der Bevölkerung erfaßt. Das sei darauf zurückzuführen, daß die Sendungen von den Widerstandsgruppen vervielfältigt und geheim von Hand zu Hand weitergegeben werden.

Goldbestand der USA leicht vermindert. Die Goldvorräte der USA-Regierung haben sich seit der Abwertungswelle im September vergangenen Jahres um 370 Mill. auf 24,3 Mrd. Dollar vermindert, machen aber immer noch drei Fünftel der Weltvorräte an Währungsgold aus.

FEUILLETON

„Uns trägt kein Volk“

Etwas über äußere und innere Krisen

Die erste Aktivität der „Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung“ bestand, wie hätte es anders sein sollen, darin, einer der vielen Krisen zu Leibe zu rücken. Es handelte sich um die Buchkrise und der Verlauf der Diskussion, wie er uns durch die brave Nachrichtenagentur übermittelt wurde, bewies, daß man sich auch hier wieder um die Lösung einer äußeren Krisenerscheinung mit absolut unzulänglichen Mitteln bemühte. Die Krisenerscheinung ist die, daß heute kaum noch gute Bücher abgesetzt werden und die Unzulänglichkeit besteht darin, daß die Fachleute, welche den Hiesigenkomplex aus Papierverwertung, ausgebombten Sortimentern, die ihre Läden wieder aufbauen müssen, gegenseitiger übersteigter Verlagskonkurrenz in Bezug auf die Ausstattung und Verdienstsparnen für Verkäufer und Wiederverkäufer rar sind und in öffentlichen Diskussionen fast nie zu Worte kommen. Überhaupt hätte die „Deutsche Akademie“ nicht eine der vielen Krisenerscheinungen zum Anlaß einer Diskussion nehmen sollen, sondern die tiefere Krise, die wahre Krise, die innere nämlich, über die kaum bisher ein Wort gefallen ist. So nimmt es nicht wunder, daß man in Stuttgart sogar einen Sündenbock für den schlechten Buchverkauf fand, in der Presse nämlich, die so kurze und schlechte Buchkritiken schrieb und daß Rudolf Pechel, der neugewählte Präsident der Akademie, seinen Eindruck in den Worten zusammenfaßte: „Da sind wir wieder mal in den typisch deutschen Fehler der Verallgemeinerung gefallen und haben von dem Leser, dem Buch, der Presse gesprochen.“

Über welchen Autoren lohnt sich zu schreiben? Aber das sei nicht unser Anliegen. Wir hätten nur gerne Franck Thieß, der den deutschen Zeitungen die österreichische Presse als Vorbild binstellte (die schrieb spaltenlang über jede

Neuerscheinung), die Frage vorgelegt, welcher deutsche Autor und welches deutsche Buch denn eine solche spaltenlange Besprechung, wie er sie forderte, wert ist. Bücher, die uns etwas zu sagen hatten (und wir benutzen hier mit Vorbedacht das verallgemeinernde „uns“, denn ein „Lesepublikum“ gibt es in Deutschland, gottlob, noch), hat es wenige gegeben. Off kamen sie, wie die 70 000 verkauften Ro-Ro-Exemplare der Greeneschen „Kraft und die Herrlichkeit“ verraten, aus dem Ausland. Die Deutschen, die Kasacks, Langgässers, Hesses, Manns und Jüngers lassen sich fast an den fünf Fingern einer Hand abzählen. Und sie alle, das beweisen wiederum ihre hohen Auflageschiffen, kennen keine Krise. Sie werden gekauft, werden spaltenlang besprochen und finden ihr begeistertes Publikum wie eh und je. Wenn der Verlagsbuchhandel im Augenblick zu 90% Neuaufgaben erprobt und bereits seit langem verdienter Werke vorliegt (vom gesamten Ganghofer über das Buch von San Michèle bis zu Thieß' „Verdammten“), so mag das an sich recht verdienstvoll sein. Aber dadurch hat eben der Verlagsbuchhandel seine eigene Krise geschaffen, die mit der tieferen, inneren Krise der Kunst selbst nichts zu tun hat. Und diese, nicht jene, sollte von der Akademie für deutsche Sprache und Dichtung zu allererst beleuchtet werden.

Der Künstler in der Verinselung

Es fehlt uns an Autoren, das ist es zuerst. Und die Umstellung von Nationalliteraturen zu einer Weltliteratur, so hochstrabend das klingen mag, ist es zum zweiten. In seinen „Gedanken über die moderne Kunst“ hat der deutsche Maler Paul Klee (von Herbert Read posthum herausgegeben) gesagt: „Uns trägt kein Volk, wir haben keinen Sinn für Gemeinsamkeit, keinen Sinn für ein Volk für das und mit dem wir schaffen. Das ist die Tragödie des modernen Künstlers und nur diejenigen, die blind sind für ihre eigene soziale Uneinheitlichkeit und für ihre geistige Verinselung, werden den modernen Künstlern eine Weltfucht zeigen.“ Das klingt ein wenig nach Resignation, aber, wenn wir ehrlich sind, ist das die Krise, diesmal

die wahrhafte und innere, in der nicht nur die bildende Kunst, sondern auch die Literatur steht. „Ein Künstler, der nur mehr einem Volke etwas zu sagen hätte, hat selbst diesem nichts mehr zu sagen“, hat es Alberto Moravia, der Italiener in Worte gefaßt. Und es ist unser Unglück, daß diese Krise der „geistigen Verinselung“ des Schaffenden mit der Absatzkrise des Buches, sicher nicht ohne Grund aber doch nicht eins vom anderen erzeugt, zusammenfällt. Schon Kasacks „Stadt hinter dem Strom“ wird aus anderen Quellen gespeist als denen eines deutschen Volkstums allein, genau wie Hemingway in diesem Sinne nicht nur amerikanischer, Gide nicht nur französischer, Greene kein englischer Schriftsteller oder Dichter ist. Wir sind auf dem Wege und dieser Weg liegt noch im Dunkel, das schwerer auf den Autoren lastet, als diese manchmal selbst erkennen mögen. Wir haben so wenige Autoren, die notwendige Bücher schreiben wie der „Doktor Faustus“ oder das „Unauslöschliche Siegel“ oder die „Stadt hinter dem Strom“ (die alle gekauft wurden und werden), weil der heilsame Zwiespalt zwischen Volk und Welt den meisten abseitig erscheint. Der Zwiespalt mag ein furchtbarer sein, er ist die innere Krise, die nicht von heute auf morgen zu überwinden ist. Denn es heißt wirklich noch immer: „Uns trägt kein Volk“, es heißt noch immer die Einsamkeit des Einzelnen. Sie wird gelöst sein, wenn es heißt: „Uns trägt die Welt“. Und dieser Weg ist kein schlechter. Wie ja immer die Literatur der Politik um Jahrhunderte (?) vorweglieht. H. O.

Edgar Jené

Ausstellung in der Galerie Egon Günther in Mannheim

Jené ist gebürtiger Saarländer und verbrachte lange Lehrjahre in Paris. Das mag ihn beeinflusst haben. Die Malerei Jenés ist ein minutiöser Surrealismus, der in seiner Darstellung selbst Nebensächliches zu stärkstem Ausdruck erhebt. Er malt mit einer kompositorischen Fähigkeit, die seinen Bildern ein Stück Vollendung gibt. Es sind Bilder, mit denen man sich längere Zeit beschäftigen muß, um in ihren Kern vorzudringen. Sehr

reale Gesichte werde dabei zu entdecken sein, zwar ins Visionäre gesteigert, doch voller Wahrheit, will man die Wahrheit nicht an eine „konkrete“ Darstellung binden. In den Werken Jenés wird das Stoffliche mit der Abstraktion vermischt, das Geistige in der Materie herausgearbeitet. Die Vorstellungswelt dieses Malers ist unergründlich, ebenso seine künstlerischen Mittel. Eine wichtige Rolle kommt den Farben zu, die er nur abgestumpft verwendet. Unmöglich scheint es, einzelne Bilder näher zu schildern. Sie zu verstehen, wird nur durch ein Ähnliches möglich, durch das sie geformt wurden: durch ein Inneres Erlebnis. Mit Worten ist es nicht auszudrücken. Dem Auge ist lediglich das Kunstwerk wahrnehmbar, nicht aber das magisch-visionäre Bild der übernatürlichen Wirklichkeit. Ihm begegnen wir, wenn wir uns den Wahrträumen hingeben. W. M.

Kulturelle Rundschau

Der Chor der Christuskirche hat sich als besondere Aufgabe für das Bachjahr gewählt, einen kleinen Ausschritt aus dem Kantatenwerk Johann Sebastian Bachs zu geben. Die erste Veranstaltung dieser Reihe findet am Sonntag, den 3. 30 Uhr, in der Christuskirche, statt. Ausführende sind: Tilla Hoffmann, Sopran, Hildegard Brümmer, Alt, Walter Wehn, Bass, der Chor der Christuskirche und ein Kammerorchester, Leitung: Siegfried Stiche.

Professor Kluckhohn wieder Präsident der Hölderlin-Gesellschaft. Auf der Jahreshauptversammlung der Hölderlin-Gesellschaft, die am Sonntag anlässlich der 100. Wiederkehr des Geburtstages des Dichters in Tübingen stattfand, wurde der Tübinger Professor Paul Kluckhohn wieder zum Präsidenten der Gesellschaft gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Professor Dr. Friedrich Beißner, Tübingen, gewählt. Oberbürgermeister Pfizer, Ulm und Professor Böckmann, Heidelberg, wurden neu in den Vorstand aufgenommen.

Wolfgang Fortner, der in Heidelberg lebende Komponist, war dieser Tage bei einer Aufführung seiner Ballett-Musik „Die weiße Rose“ in München zugegen. Das Werk, dem Oscar Wildes symbolisches Märchen vom „Geburtstag der Infantin“ zu Grunde liegt, war kürzlich bei der Uraufführung in Baden-Baden heftig umstritten worden. In München konnte sich der Komponist für Beifall bedanken.

Heidelberger Stadtrat beschließt Spielbank mit 17:15 Stimmen

Fast vierstündige Debatte über Notstandsarbeiten, sozialen Wohnungsbau und Spielbank

Mit 17 gegen 15 Stimmen entschied sich gestern um 19 Uhr 45 nach mehr als dreistündiger Sitzung der Heidelberger Stadtrat für die Errichtung einer Spielbank. Der Abstimmung war eine der bewegtesten Debatten im Heidelberger Stadtrat vorausgegangen. Wesentlich ist dabei, daß die grundsätzliche Frage „Spielbank oder nicht“ von der Konzessionserteilung an eine bestimmte Interessentengruppe abgetrennt wurde sowie auch von der Lage des Bauplatzes für die Spielbank. Damit ist erfreulicherweise das unschöne Intermezzo über die Konzessionsvergabe auf ein neutrales Geleise geschoben worden und es wird — hoffentlich in einer öffentlichen Sitzung — dem Stadtrat nun noch die Aufgabe vorbehalten bleiben, aus den schon vorliegenden und etwa noch einlaufenden Angeboten das für die Stadt günstigste auszuwählen. Die Stadt wird also — nach der als sicher geltenden Zustimmung durch Innen- und Finanzministerium — zunächst selbst Konzessionsträger der Spielbank, um die Konzession dann einem Konsortium zu übertragen.

Die Spielbankdebatte

begann mit einer Stellungnahme des Oberbürgermeisters zu den Presseveröffentlichungen über eine von der Südwestdeutschen Spielcasino-Gesellschaft am Dienstag abgehaltenen Besprechung, vom OB unverständlicherweise als „eine ominöse Pressekonferenz“ bezeichnet. Abgesehen davon, daß wir selbst über das Ergebnis dieser Konferenz sachlich und objektiv berichten zu haben glauben, und auch bewußt von der Veröffentlichung bisher unbewiesener Mutmaßungen einer Interessentengruppe abgesehen

gibt einen moralischen Standpunkt für die öffentliche Hand. Dem Aufbau einer neuen Staatsgewalt dienen wir nicht mit einer Spielbank. Die Planung der Spielbank hinter der medizinischen Klinik bezeichnete Stadtrat Kunkel als eine Geschmacklosigkeit. Es gibt keinen Kompromiß: ich bin dagegen.“

Stadtrat Dr. Geßler (FDP): „Lassen wir uns nicht einmal von unseren Nachfolgern den Vorwurf machen, wir hätten auch in punkto Spielbank die Gelegenheit verpaßt.“

Stadtmutter Hanna Walz (FDP) sprach sich gegen die Spielbank aus.

Stadtrat Rausch (SPD) wollte gesichert wissen, daß der Stadt aus der Zulassung einer Spielbank keinerlei Verpflichtungen wie Straßenbau und Bau von Parkplätzen etc. erwachsen. „Ich kann selbst zwar nicht mal Karten spielen, sehe aber nicht ein, warum man unter gewissen Voraussetzungen dagegen sein sollte.“

Stadtrat Böning (KPD) entpuppte sich in seiner üblichen temperamentvollen Art als unversöhn-

licher Gegner einer Spielbank. „Sie wird die sozialen Gegensätze verschärfen und die Wahl des Bauplatzes ist eine Provokation gegenüber der medizinischen Klinik.“ — (Zwischenbemerkung des OB: „Zwischen Spielbank und Klinik werden 120 Meter liegen.“)

Stadtrat Laseker (Neue Partei), wegen persönlicher Angriffe gegen den nicht mehr anwesenden Stadtrat Noldt zur Ordnung gerufen, glaubte auch im Namen der Heimatvertriebenen die Spielbank ablehnen zu müssen. Man solle sich lieber mit einem Plan zur Senkung der Gewerbesteuer und zur Ansiedlung von Industrieunternehmen beschäftigen.

Stadtrat Hofheinz (FDP) wandte sich grundsätzlich gegen den moralischen Druck, der seitens der Kirchen in den letzten Wochen auf die Stadträte ausgeübt worden sei. „Wenn ich der Spielbank zustimme, so will ich damit weder unchristlich noch unmoralisch gelten.“

Damit war die Diskussion abgeschlossen. Unter atemloser Spannung vollzog sich die Abstimmung, bei der 17 Mitglieder des Stadtrates für die Spielbank und 15 gegen die Spielbank stimmten. Beim Publikum überwog der Beifall.

Geschlossen gegen die Spielbank stimmten die Stadträte der Neuen Partei und der Kommunisten. In der CDU-Fraktion stimmten 2 Stadträtinnen (Frau Krall und Frau Beck) und 2 Stadträte (Gräf und Hampel) gegen die Spielbank. Bei der FDP waren Stadträtin Hanna Walz, Stadtrat Kunkel und Sartorius dagegen, bei der SPD war das Verhältnis: 6 dafür, 3 dagegen.



Der Oberbürgermeister erläutert die Spielbankpläne

Stadt Heidelberg nur geringe Vorhaben in die Tat umsetzen könne, wenn ihr nicht die finanzielle Hilfe des Landes und des Bundes zuteil wird. In diesem Zusammenhang verwies der Oberbürgermeister auf die Aussichten des Bahnhofprojektes. „Wenn, was wir hoffen“, so sagte er, „der neue Bahnhof gebaut wird, dann fängt die Bahn am 1. Mai mit großen Erdbeben an.“ Daneben verwies der OB, um das düstere Thema der Arbeitsbeschaffung etwas aufzuhellen, auf die großen Bauvorhaben der Amerikaner (zunächst 6 Millionen DM) und die Absicht der Landesversicherung, aus dem Kohlhof mit einem Aufwand von 1,5 Millionen DM eine große Heilstätte zu machen. Wie aus seinen weiteren Ausführungen hervorging, wird der Landtag etwa 100 Millionen für den Wohnungsbau auswerfen, „von denen einige Millionen wohl auch nach Heidelberg kommen werden.“ Die Debatte, an der sich die Stadträte Engelhardt und Böning beteiligten, schloß mit der einstimmigen Annahme des eingangs erwähnten Protestes.

Häuser bauen ...

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde, einem Antrag der SPD-Fraktion entsprechend, der soziale Wohnungsbau behandelt. Stadtrat Rausch stellte einleitend fest, daß Heidelberg trotz Bautätigkeit 3000 Wohnungssuchende verzeichnet, darunter 1400 Katastrophalfälle. Der Sprecher verwies darauf, daß der Voranschlag 1950/51 im unterbreiteten Entwurf keinen Pfennig für den Wohnungsbau enthalte. Er brachte eine Reihe von Vorschlägen ein, die darauf abzielten, andere Vorhaben zu streichen, um die zur Linderung der Wohnungsnot benötigten Beträge freizubekommen. (Zurückstellung des Neubaus der Realschule II, Arbeitspause bei der Fertigstellung der Ernst-Walz-Brücke, Überprüfung des Voranrages des Kurpfälzischen Museums, Verwendung des Ertrages der Spielsteuern).

Der von der SPD-Fraktion eingebrachte Antrag will zur Hebung der privaten Bautätigkeit auch die Streichung der Grundsteuerermäßigung für unbebaute Grundstücke erreichen, die jetzt festgehalten werden und dem Baumarkt, der sie dringend benötigt, vorenthalten sind. Stadtrat Böning meinte dazu: „Die Erfahrungen haben gelehrt, daß es besser ist, ein Grundstück zu haben, als ein Konto bei der Sparkasse.“

Der Gedanke, alles zu tun, um der Wohnungsnot entgegen zu arbeiten, fand die volle Unterstützung aller Fraktionen. Stadtrat Hetzer: „Ich freue mich über den Antrag der SPD.“ Stadtrat Hampel (CDU): „Wir stehen bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaues Seite an Seite mit Ihnen.“

Nachdem noch auf die Nachteile verwiesen wurde, die den städtischen Finanzen daraus entstehen, daß die von der Stadt bei der Baureifmachung von Gelände investierten Straßenkosten erst nach Bebauung des Grundstücks fällig werden, wurde die Weiterbehandlung des gesamten Themas einstimmig dem Finanzausschuß überwiesen.

Wetterbericht

Vorhersage des Wetteramtes Karlsruhe, gültig bis Freitag früh: Nach geringfügigem örtlichem Morgennebel meist heiter und mild, Höchsttemperaturen bis gegen 16 Grad ansteigend, schwache, veränderliche Winde, Pulgende Nacht klar und Abkühlung bis gegen 8 Grad, vereinzelt leichter Bodeneis.

Wasserstände

Rhein: Caub 135. — Main: Steinbach 110. — Neckar: Pfödingen 120.

Heidelberger Informationen vom 23. März

Städtische Bühnen. 19.30, Miets G u. fr. Verk.: „Der Wilschütz.“ Sendestelle Heidelberg. 18 Uhr, Klavierabend mit Eva Mitslaff.

Kinoprogramm. Schloß Vagabunden der Liebe. Kammer Schweißtitelchen und die 7 Zwerge. Gloria Vagabunden der Liebe. Odeon: Drei Männer aus Texas. Apollo: Der Graf von Monte Christo I. Karbel: Kriminalkommissar Studer. Kamera: Das Spiel ist aus. Badisches: Der Meisterdetektiv.

Apotheken-Nachdienst haben Adler-Apothek, Brückenstr. 7, Telefon 681, und Jansen-Apothek, Rohrbacher Straße.



Stadtrat Kunkel (DVP): „Es gibt einen moralischen Standpunkt für die öffentliche Hand.“

haben, so ist doch nicht einzusehen, warum nicht jeder der Bewerber, zumal auch eine Heidelberger Gruppe dabei ist, die Öffentlichkeit über seine Vorschläge informieren sollte.

Immerhin hat die Frage über die Methode der Konzessionsvergabe zu dem Antrag des Stadtrates Rausch (SPD) dazu geführt, zunächst nur grundsätzlich über die Spielbankfrage abzustimmen.

Schon in dieser Phase der Debatte gab es erregte und glücklicherweise nicht immer humorlose — Intermezzos, so, als einige Stadträte vom OB konkret wissen wollten, welche Garantien bezüglich der Kapitalbeschaffung die „Gruppe Heidmann“ gegeben habe. Da stellte sich heraus, daß das Wiesbadener Bankhaus Krier, das mit 200 000 DM in das Konsortium einsteigen will, Vermögensverwalter der Herzogin von Luxemburg ist. (Zwischenruf Böning: „Gibt die Großherzogin dann auch ihr Geld dazu her?“) Als wesentlichster Kapitalgeber der Gruppe Heidmann wurde die Jüdische Wiederaufbaubank in Frankfurt genannt, die bereits nach Aussage des OB bei einem Notar 1 Million DM hinterlegt haben soll.

Nachdem der Oberbürgermeister in einem längeren Referat noch einmal die ganze Entwicklungsgeschichte der Pläne der Heidelberger Spielbank vorgetragen hatte (unseren Lesern aus früheren Veröffentlichungen schon bekannt) trat man in die Debatte ein.

Die Ansichten der Stadträte

Als erster meldete sich Stadtrat Dr. Lauterbach (Neue Partei) zum Wort. Er bekundete seine kompromißlose Ablehnung des Spielbankprojekts und meinte, daß man „wichtigere, lohnendere und erfreulichere Diskussionen“ führen solle.

Schon während der Ausführungen des ersten Diskussionsredners beteiligte sich das Publikum (der Saal war brechend voll) sehr lebhaft, so daß OB Swart energisch zur Ruhe mahnen mußte.

Stadtrat Noldt (CDU) wies auf seine eigenen Erfahrungen in der Schweiz hin, sah keinerlei moralische Bedenken auch für eine Universitätsstadt und sprach der Realpolitik das Wort.

Stadtrat Hampel (CDU): „Ich fühle mich nach den Ausführungen meines Fraktionskollegen verpflichtet, mit Ernst und Nachdruck die Meinung der kirchlichen Stellen in Erinnerung zu bringen. Ich habe gerade heute noch mit dem Herrn Landesbischof gesprochen, der hat, diese Bedenken doch oben anzustellen.“

Stadtrat Kunkel (FDP): „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Heidelberg als Durchgangsstadt des Fremdenverkehrs nicht das Publikum für eine Spielbank bekommt.“ Eine solche Einrichtung könnte Heidelberg zu einem „Kulturzentrum der Halbwelt“ machen. „Und was die Verbindung mit dem Radiumsolbad Heidelberg betrifft: Ich glaube, die Zeit der Bäder ist überhaupt vorbei, da die Medizin andere Wege geht. Entscheidend aber ist: es

Strafanträge wegen Beleidigung gegen P. K. Stahl

In unserer gestrigen Ausgabe berichteten wir unter der Überschrift: „Wie wird Spielbank-Konzession vergeben?“ von einer Pressekonferenz, bei der sich die „Südwestdeutsche Spielcasino-Gesellschaft“ durch Herrn P. K. Stahl-Neckarhausen zu Wort meldete und dabei u. a. die Meinung vertrat, daß nach objektiver Prüfung aller Bewerbungen um die Spielbank-Konzession der Heidelberger Stadtrat in einer weiteren öffentlichen Sitzung die Frage zu entscheiden habe, welches Angebot das für die Stadt günstigste sei.

Zu den drei Presseveröffentlichungen über die Ausführungen von Herrn Stahl übergab uns gestern die Stadtverwaltung ihre Stellungnahme. In ihr werden Punkte aufgegriffen, auf die wir — bis auf die Frage der „politischen Bedenken“ — in unserer Berichterstattung nicht besonders eingegangen sind. Da Oberbürgermeister Dr. Swart gestern morgen bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg Strafantrag gegen Herrn Stahl wegen öffentlicher Beleidigung des Stadtkämmerers stellte — Herr Heidtmann, Bad Homburg, schloß sich seinerseits an — und die Staatsanwaltschaft das öffentliche Interesse bejahte und das Verfahren einleitete, geben wir im folgenden die Stellungnahme der Stadtverwaltung im Auszug wieder:

„Am 8. 12. 1948 ist der damalige Geschäftsführer des Südwestdeutschen Spielkasinos, Herr Seiler, von dem Stadtkämmerer, Herrn Dr. Funk, wegen der geplanten Gründung einer Spielbankgesellschaft in Heidelberg empfangen worden. Auf Antrag des Herrn Seiler hat dann eine zweite Besprechung mit Herrn Dr. Funk am 13. 12. 48 stattgefunden. Am 13. 12. 1948 ist Herr Seiler von dem Oberbürgermeister persönlich zu einer längeren Aussprache empfangen worden. Am 28. 12. 1948 hat die Finanzdirektion den Eingang des Antrages der Spielbank-KG vom 18. 12. 48 bestätigt und um Zusendung der weiteren Unterlagen ersucht. Die Verhandlungen sind dann entsprechend weitergeführt worden. Wie bei dieser Sachlage davon gesprochen werden kann, daß der Antrag der Gesellschaft überhaupt nicht bearbeitet worden wäre, ist unerfindlich.“

Die Behauptung, daß der Homburger Spielbank-Unternehmer, Herr Heidtmann, späterhin beim Oberbürgermeister ein- und ausgegangen wäre, ist eine völlige Verzerrung der Tatsachen. Herr Heidtmann hat bei der Landesregierung in Karlsruhe (nicht bei der Stadtverwaltung in Heidelberg) den Antrag auf Eröffnung einer regelrechten Spielbank in Heidelberg gestellt. Dieser Antrag ist von der Landesregierung dem Oberbürgermeister zugesandt worden mit dem Ersuchen, eine Stellungnahme der Stadt Heidelberg hierzu herbeizuführen. Dazu mußte der Oberbürgermeister die nötigen Erhebungen anstellen, wozu selbstverständlich auch Besprechungen mit Herrn Heidtmann und seinen Mitarbeitern gehörten.

Das Südwestdeutsche Spielkasino hatte zunächst Antrag auf Eröffnung eines Spiralo-Roulette ge-

stellt. Diesem Antrag hat die Stadtverwaltung keine Hindernisse in den Weg gelegt und die Gesellschaft hat am 25. 6. 1949 das „Spielkasino“ im „Café Arnold“ eröffnet. Dieser Spiel-Club wurde dann durch Verfügung der Landesregierung vom 27. 10. 1949 „zur Verhütung rechts- und ordnungswidriger Zustände“ mit sofortiger Wirkung verboten und wurde daraufhin polizeilich geschlossen.

Der Antrag des Südwestdeutschen Spielkasinos, später eine regelrechte Spielbank zu eröffnen, ist seinerzeit sofort vom Oberbürgermeister in einer



Stadtrat Rausch (SPD): „Warum sollte man unter gewissen Bedingungen dagegen sein?“

Fraktionsführerbesprechung des Stadtrates vorgelegt worden. Er wurde einstimmig abgelehnt. Es wurde festgestellt, daß eine finanziell sichere Basis des Unternehmers in keiner Weise gewährleistet war. Vor allem aber ergab sich, daß der in Aussicht genommene Hauptgeschäftsführer der Gesellschaft aus seiner Position 1945 wegen oberster SA-Führer in Heidelberg gewesen war, daß auch der Unterzeichner des Antrages politisch belastet war und daß der K. P. Stahl politisch belastet war usw.“

Thema: Arbeitsbeschaffung, Notstandsarbeiten

Vor Eröffnung der Spielbankdebatte standen zwei Anträge der SPD-Fraktion auf der Tagesordnung:

Das Land Württemberg - Baden und damit auch Heidelberg ist von Seiten des Bundes bei der Verteilung eines Arbeitsbeschaffungskredites in Höhe von 300 Millionen DM zugunsten anderer Länder übergangen worden. Diese Tatsache löste im Zusammenhang mit einer allgemeinen Erörterung des Themas „Öffentliche Arbeitsbeschaffung — Notstandsmaßnahmen“ den einhelligen Protest aller Fraktionen aus. Stadtrat Rausch legte dem Haus den Entwurf einer Stellungnahme an die Adresse des Landtages zur Abstimmung vor. Es heißt darin u. a.: „Der Stadtrat fühlt sich angesichts der in Heidelberg herrschenden großen Arbeitslosigkeit verpflichtet, energisch zu protestieren und die Regierung von Württemberg - Baden zu ersuchen, alles daran zu setzen, daß auch die Not-

standsgebiete in Württemberg-Baden und vor allem die Stadt Heidelberg bei der Vergabe der Mittel berücksichtigt werden. Heidelberg mußte während des Krieges mehr als 10 000 Evakuierte und bis heute 20 000 Flüchtlinge aufnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Heidelberg beträgt zur Zeit 10 033 Personen.“ Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Steuerkraft Heidelbergs gering ist, daß die Grund- und Gewerbesteuer-sätze in Heidelberg außerordentlich hoch sind und die Stadt nicht in der Lage sei, die nötigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus eigener Kraft durchzuführen. Die Richtigkeit der letzteren Feststellung unterstrich die Debatte, in deren Verlauf eine ganze Reihe von Möglichkeiten für die öffentliche Arbeitsbeschaffung erwähnt wurden — jedoch mit der Einschränkung, daß aus der langen Liste, deren Verwirklichung 15,5 Millionen DM erfordern würde, die

Selbsttätig waschen auf neue Art mit **Wöllener's Etha-e BIZIT Ohao** und Wöllener garantiert: **DIE WÄSCHE bleibt gesund!**

Stadt Eberbach

Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Eberbach

Es liegt in Eberbach sehr im argen mit der Achtung und Unterstützung, welche die Feuerwehr mit Fug und Recht von der Allgemeinheit beanspruchen darf für ihre ständige Hilfsbereitschaft für ebendiese Allgemeinheit, getreu ihrem Wahlspruch: „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr; Einer für Alle, Alle für Einen“.

Dies ist, eigentlich, leider, das Fazit aus all den Reden und Gesprächen bei der diesjährigen Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Eberbach am Samstag, 18. März, im Gasthaus „Odenwald“. Man möchte glauben, daß es weniger böser Wille oder Bequemlichkeit, sondern nur Trägheit der Gedanken ist, daß nicht überall und immer daran gedacht wird, wie notwendig die Feuerwehr für jedes Gemeinwesen und damit für jeden Einzelnen ist. Und wenn man z. B. hört, daß im vergangenen Jahr allein im Landkreis Heidelberg 300.000 DM durch Brandchäden verloren gingen, ist man vielleicht schon eher bereit, der Feuerwehr die ihr zukommende Bedeutung einzuräumen. Wenn man weiter daran denkt, daß in unserer Eberbacher Feuerwehr lauter Männer vereint sind, die den Dienst an Leben und Gut ihren Nächsten freiwillig versehen, so kann man diesem bedauerlicherweise kleinen Häuflein seine Hochachtung wahrhaftig nicht versagen. 30 aktive Mitglieder zählt augenblicklich die Feuerwehr und 26 Mitglieder in der Kapelle, und es mußte auch hier wieder, wie bei manchen anderen Bestrebungen, darauf hingewiesen werden, daß gerade die Jugend längst nicht in dem Maß nachrückt, wie es im Hinblick auf die Fortführung des von den Älteren Ererbten notwendig ist. Der oft gehörte Einwand, es gehe in der Feuerwehr „zu militärisch“ zu, ist keineswegs berechtigt angesichts des richtigen kameradschaftlichen Tons, der unter dem Kommandanten Jakob Pfeiffer herrscht. Dieser zeigte im Verlauf seiner Ausführungen auch die Wege auf, wie diese enge und herrliche Kameradschaft innerhalb der Wehr weiter auszubauen gedenkt, und es ist zu hoffen, daß gerade dieser Umstand dazu beiträgt, daß neue, und vor allem jüngere Mitglieder hinzukommen. Dafür soll auch, mehr wie zuvor — und auch an dieser Stelle — unter der Bevölkerung geworben werden.

Dafür setzte sich Bürgermeister Nenninger ein, den Kommandant Pfeiffer, neben Polizeikommissar Oetzel und Gottlieb Menzer vom Roten Kreuz, als Gast begrüßen konnte. Im Verlauf seiner mit Beifall aufgenommenen kurzen Ansprache gab der Bürgermeister der Feuerwehr auch die Zusicherung, daß die Stadtverwaltung alles in ihren Kräften stehende tun werde, um der Feuerwehr zu helfen. Er konnte sich den in einer Eingabe an die Stadt zusammengefaßten Bitten Erfüllung versprechen (Erneuerung des Schlauchmaterials, Beschaffung von Uniformen, Befreiung von Steuern und Saalmiete bei Veranstaltungen). Daß die Stadt, nachdem sie sich im vergangenen Jahr mit 30 Prozent an den Anschaffungskosten für die im Juli 1949 angeschaffte Kraftfahrzeug-Drehleiter beteiligte, bei allem guten Willen nicht mehr tun konnte, liegt annehmlich ihrer angespannten Finanzlage auf der Hand. Bedauerlicherweise herrscht, wie man hört, gerade in denjenigen Kreisen, in denen unternommen Interesse es liegt, daß eine schlagkräftige Feuerwehr jederzeit bereitsteht, ein erschreckend geringes Verständnis für die Belange der Feuerwehr. Es muß mit allen Mitteln der Aufklärung anstrebt werden, daß diese „etwas merkwürdige Einstellung“ verschwindet. (Daß — nebenbei — uns eine „Pflichtfeuerwehr“ wesentlich teurer zu stehen käme, wird jedem einleuchten.)

Der Geschäftsbericht des Kameraden Hörst gab einen kurzen Überblick über das abgelaufene Jahr. Acht Waldbrände und ein Kellerbrand wurden gelöscht. Höhepunkt des Vereinslebens war die Feier der 50-jährigen Jubiläums Die Leistungswettkämpfe bei der 85-Jahrfeier der Neckargemünder Wehr brachten unserer Feuerwehr den ersten Preis ein. Den Kassenerlöste erstattete Hermann Wiedler, Polizeikommissar Oetzel befälligte sich mit dem Einsparungsplan von Polizei- und Feuerwehrarbeit. Nach ihm setzte sich G. Menzer für ein engeres Zusammengehen der Feuerwehr mit dem Roten Kreuz ein.

Zuletzt sei noch der rührigen Feuerwehrkapelle gedacht, die im Berichtsjahr ihre Tradition der Platzkonzerte wieder aufnahm, und die den mit einem gemächlichen Besammeln mit Tanz ausklingenden Abend mit ihren schmetternden Klängen verschönte.

Glockenweihe in Malschenberg

Drei neue Glocken in feierlicher Prozession eingeholt

Malschenberg. Ein großer Festtag war für die Pfarrgemeinde Malschenberg der 18. und 19. März 1950, da die Gemeinde ihren neuen Glocken abholen konnte. Bereits im ersten Weltkrieg 1914/18 mußte die Gemeinde ihre Glocken dem Kriege opfern. Im Jahre 1921 konnten wieder neue Glocken beschafft werden. Als der zweite Weltkrieg ausbrach, wurden auch diesmal die Glocken vom Turme geholt, um nicht mehr dem Frieden sondern dem vernichtenden Kriege zu dienen.

Am vergangenen Samstag war nun für die Pfarrgemeinde der Tag gekommen, an dem die neuen drei Glocken in feierlicher Prozession abgeholt wurden. Durch die mit Fahnen geschmückten Straßen bewegte sich der Zug dem Ausgang des Dorfes zu, wo der festlich geschmückte Wagen mit den Glocken stand, bespannt mit vier Pferden. Bürgermeister Oestringer erbot den neuen Glocken im Namen der Gemeinde den Willkommensgruß und dankte Pfarrer Hofmann für seine Mühen und Arbeit, die er zur Beschaffung der Glocken beigetragen hat. Die Prozession zog dann zur Kirche. Die Schüler der 7. und 8. Klasse unter Leitung von Hauptlehrer Rebel umrahmten die Feier mit Liedern und durch Rezitationen aus Schillers „Glocke“.

Am Sonntagmorgen fand dann bei schönem Wetter die Glockenweihe statt. In einer Ansprache von Pfarrer Hofmann wurde der Sinn und Zweck der Glocken dargelegt, Kirchenchor und Gesangsverein umrahmten die Weihe mit Liedern. Am Mittag fand in der überfüllten Kirche ein Kirchenkonzert statt, bei dem sieben Kirchenchöre mitwirkten. Hernach wurde im Garten des Schwertwiesenhauses Speise und Trank angeboten. Die Chöre traten auch hier wieder durch schöne weltliche Lieder hervor. Der Musikverein Malsch stellte sich uneigennützig zur Verfügung, um dem Nachmittag einen schönen und gefälligen Rahmen zu geben.

Bei Menzer in Neckargemünd

Der „Internationale Genfer Verband der Hotel- und Gaststättenangehörigen“ besuchte die weltbekannten Kellereien

Mit zu den schönsten Flecken, die das badische Neckartal aufzuweisen hat, zählt auch das reizende Städtchen Neckargemünd. Dieses von der Natur so reichbegünstigte Städtchen hat weit über Deutschlands Grenzen hinaus einen schönen, guten Klang. Aber nicht allein die herrliche Landschaft ist es, die Neckargemünd draußen in der Welt bekannt machte, sondern auch der Name J. F. Menzer, der seit nahezu 110 Jahren nicht nur dort zu einem



Hotelliers und Gastwirte bei der Besichtigung der Kellereien

Begriff geworden ist. Mit diesem Namen verbunden ist die berühmte griechische Weinstube „Zur Stadt Athen“. Bereits vor Jahrzehnten fand man in zahllosen Böhren die dort zum Ausdruck gebrachten griechischen Weine erwähnt. Schriftsteller, die klassische Namen hatten, setzten diesen Weinen irgendwo in ihren Werken ein Denkmal. Wer hätte je einige Tage in Heidelberg gewollt oder gar in Heidelberg studiert, der nicht mindestens einen kleinen „Abstecher“ in die gemüthliche Weinstube in Neckargemünd und ihrer herrlichen Terrasse mit dem Blick ins Neckartal gemacht hätte! Aber, nicht allein der „Letztverbraucher“ dieser vorzüglichen Genüsse besucht dieses Städtchen, sondern auch diejenigen, die tagaus, tagein unmittelbar mit den edlen Gewächsen zu tun haben, um dort bei Menzer, der weltbekannten

Weingroßhandlung mit ihren erstklassigen Kellereien und Produktionsstätten der aus Wein produzierten Liköre, Sekt, Kognak und vielen anderen edlen Getränken ihr Wissen zu bereichern.

Von diesen Gedanken ließ sich auch der „Internationale Genfer Verband der Hotel- und Gaststättenangehörigen“, Sektion Heidelberg, leiten, als er am letzten Montagmorgen bei der Firma Menzer mit etwa 40 Angehörigen des Verbandes eine Besichtigung unternahm. Auch Fritz Nitzold vom Secker Heidelberg-Mannheim schlug für die Zeit der Besichtigung sein „Hauptquartier“ dort auf. In einer Reportage, bei der der Inhaber der Firma und der Leiter des Verbandes, Herr Esch-Heidelberg, zu Wort kamen, zeigte es sich, daß es besonders wertvoll ist, wenn Verband und Hersteller eng zusammenarbeiten. Die Reportage wird in den nächsten Tagen im Rundfunk zu hören sein.

Der derzeitige Inhaber der Firma Menzer, Dr. Eduard Widmann und seine lebenswürdige Gattin zeigten den Besuchern des Hotelgewerbes alle Räumlichkeiten, in dessen Verlauf Dr. Widmann als guter Fachmann und großer Kenner der verschiedensten in- und ausländischen Weine wertvolle Aufschlüsse über die Art der Behandlung der Weine und über die Herstellung der verschiedenen edleren Produkte gab. In seiner humorvollen Art sagte Dr. Widmann, daß es auch in seinem Betrieb ein „In- und Ausland“ gebe. Das „Inland“ sei ein Bereich und das „Ausland“ gehöre dem Zollamt, d. h. in diesem Keller liege der Wein unter Verschluss und unterstehe ausschließlich der Kontrolle des Zollamtes. Steigt man hinab in einen der riesigen Keller, in denen man auch im Hochsommer einen Wintermantel tragen kann, so ist man erstaunt über die riesigen Fässer, die musterartig aneinander gereiht sind. Ein einziger dieser Keller ist inständige, nahezu 300.000 Liter Wein aufzunehmen.

In den Räumen der Brennerlei wird u. a. auch Kognak hergestellt. Weiß kommt er ins Faß und rotgelb wieder heraus, wenn er seine Zeit überstanden hat. Der Kognak erhält also seine Farbe vom Faß; Eichenfässer, so sagte Dr. Widmann, sind dafür am besten geeignet. Auch eine eigene Kistenfabrikation und eine eigene Küferlei besitzt

die Firma Menzer. Im Verlaufe der Besichtigung sagte Dr. Widmann, daß es heute wieder Möglichkeiten gebe, neben den deutschen Weinen auch solche aus Frankreich, Chile, Spanien und Italien einzuführen, doch griechische Weine habe er bis heute noch nicht erhalten können.

Ein Blick in den Herstellerraum des Menzer-Sektes: Zur Herstellung des Sektes gehöre nicht allein Verstand und reiche Erfahrung, sondern auch



Erfahrene Küfer behandeln die Fässer

ein gutes Fingerfertigkeitgefühl. Erfahrene Meister dieses Faches wenden hier ihre „geheimniervollen“ Künste an, die sie — wenn überhaupt — erst dann ihren Nachfolgern preisgeben, wenn sie infolge hohen Alters ihr „Handwerk“ nicht mehr betreiben. Jede Firma hat ihre besonderen „Geheimnisse“ auf dem Gebiet der Herstellung. Mit 6 Atmosphären werden Sektfässer gefüllt, was durchaus gefährlich werden kann, sobald eine Flasche den Druck nicht aushält.

Wie in einem Märchenland sah es im Paderaum aus. Hier reist sich Flasche an Flasche alle werden sie feinsauber verpackt und wadern dann in Kisten mit schönen Etiketten versehen hinaus in alle Welt. Hier ist es besonders der überall beliebte „Menzerose“, der von der Firma hergestellte Wermuth, dessen Bekömmlichkeit die Besichtigungsteilnehmer des Genfer Verbandes an Ort und Stelle feststellen konnten.

Die Besichtigung hinterließ bei allen Teilnehmern einen starken Eindruck. Sie haben ein Werk besichtigt, das im Jahre 1949 von Julius Friedrich Menzer, eines badischen Förstersohnes, gegründet wurde und das dank der Tatkraftigkeit und des Weitblicks seiner Nachfolger alle Wirrnisse des



Blick in den Verordnungsraum, von wo aus die Weine und Spirituosen ihren Weg in alle Welt nehmen

Zeitgeschichte überstanden hat. Auch heute liegt das Unternehmen wieder in guten Händen und Dr. Eduard Widmann sprach am Schluß noch davon, daß der Betrieb auch den letzten Krieg und seine unmittelbaren Folgeerscheinungen nur deshalb habe überstehen können, weil während seiner Abwesenheit als Soldat eine Frau an der Spitze stand, die mit ihrem Weitblick und ihrer unverbrüchlichen Energie das Steuer führte: seine Gattin.

Nachrichten aus der engeren Heimat

Mühlhausen. Aus der Berufsschule werden zu Ostern dieses Jahres 16 landwirtschaftliche Berufsschüler des 3. Jahrgangs entlassen, worunter sich nur ein Landwirt befindet. Von den übrigen 15 Berufsschülern, die Arbeiter von Beruf sind, ist über die Hälfte arbeitslos. Viele von ihnen haben seit drei Jahren vergeblich versucht, eine Lehrstelle zu erhalten.

Tairnbach. Am Samstag und Sonntag gastierte hier der „Eisenkönig Jonny Donk“. Seine wirklich erstaunlichen Kraftleistungen hätten einen zahlreichen Besuch verdient. — Freitag, den 24. März, abends 8 Uhr, zeigt die Filmstelle des Landeskommissariats für Württemberg-Baden im Schulhaus den Film „Der Nürnberger Prozeß“ mit Wochenschau. Der Eintritt ist kostenlos. — 2.

Walldorf. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Walldorf, hielt dieser Tage im Saale des Gasthauses „Zur Post“ eine

Mitgliederversammlung ab. Nachdem Ernst Mayer als bisheriger erster Vorsitzender die Versammlung eröffnete, sprach Facheinheitsführer Erle aus Heidelberg über allgemeine Gewerkschaftsfragen. Die Ausführungen des Referenten stießen auf das lebhafteste Interesse der Anwesenden. Anschließend schritten die Mitglieder zur Neuwahl ihrer Vorstandschaft. Fritz Kraus wurde zum ersten, Ernst Mayer zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Schriftführer wurde Herr Höhne und den Posten des Kassiers bekleidet Hermann Bruckner. Außerdem wurden vier Beisitzer bestimmt. Mit der Besprechung allgemeiner Tagesfragen fand die Versammlung ihren Abschluß.

Schwabenheimerhof. Bei einer einberufenen Elternversammlung wies Hauptlehrer Hund darauf hin, wie wichtig es sei, daß Eltern und Lehrerschaft Hand in Hand arbeiten und damit beitragen, den Bildungsstand der Kinder zu heben. Alle Eltern und auch die oberste Klasse entschieden sich für die Verlängerung der Schulzeit.

Mauer. Der Sommerfestzug findet in der hiesigen Gemeinde erst am Palmsonntag, 2. April, statt. Er wird zum zweiten Male nach dem Kriege veranstaltet und steht unter der Leitung des Musikvereins. — Im Gasthaus „Zur Rose“ gastierte am Samstagabend der Zauberer Roselli, der einigen starken Rauchern durch Hypnose das Rauchen abgewöhnte — leider nur für die Zeit der Vorstellung! — un-

Vom Schlachtviehmarkt

Am Heidelberger Schlachtviehmarkt konnte ein Drittel der Ware nicht abgesetzt werden. Die große Schweineanlieferung verursachte im Vergleich zur Vorwoche einen Preisrückgang von 15-18 Pfg. pro Pfund, während sich die Preise für Großvieh auf ihrer bisherigen Höhe halten. Die Kälber, zu zwei Drittel norddeutsche schwarz-bunte Tiere geringer und leichter Qualität, konnten nur zu einem Preise von 48-78 Pfg. je Pfund Lebendgewicht abgesetzt werden — jedoch dieser Markt wurde völlig geräumt.

In Heidelberg wurden aufgetrieben: Färsen, Ochsen, Bullen 123 (Vorwoche 82), Kühe 34 (32), Kälber 266 (216), Schweine 227 (216), Schafe 29 (21). Die Preise beliefen sich für Färsen, Ochsen, Bullen auf 78-85 (75-80) Pfg., Kühe 30-35 (24-25), Kälber 48-60 (35-40), Schweine 105-115 (115-120), Mutterschweine 100 und Schafe 25-35 (20-25) Pfg. je 1/2 kg Lebendgewicht. In Mannheim war kein so großer Preisnachlass für Schweine wie in Heidelberg zu verzeichnen. Doch verließen sich hier große Überbestände, während Großvieh und Schafe restlos verkauft wurden. Der Verkauf von Kälbern guter Qualität war im allgemeinen gut, während der geringeren Qualität langsam vor sich ging. In Mannheim wurden aufgetrieben: Rinder 128 (242), Kälber 190 (410), Schafe 124 (72), Schweine 1222 (1232). Folgende Preise wurden bezahlt: Ochsen, Schlachtviehklasse AA 95-97 Pfg., A 78-79, B 62-64, C und D nicht notiert; Bullen AA 78-82, A 65-75, B 58 bis 65, C und D nicht notiert; Kühe A 54-75, B 38 bis 52, C 44-55, D 36-45; Färsen AA 65-82, A 78-85, B 78-77, C und D nicht notiert; Kälber A 90-100, B 75-86, C 48-65, D 38-40, Schafe 25-40, Schweine A und B 115-118, B 115-120, C 115-120, D 108-115, G 1 108 bis 106 und andere Saaten 95-105 Pfg.

„Sag ruhig, wo euch der Schuh drückt...“

Ein Forum in Sandhausen

Sandhausen. In Anbetracht dessen, daß in Sandhausen eine Reihe wichtiger Probleme der baldigen Lösung bedürfen, folgte man mit Spannung der Lautsprecher-Einladung zum öffentlichen Forum in der „Quelle“. Es war jedoch höchst erstaunlich, wie wenig Interesse einem derartigen Ausspracheabend entgegengebracht wird, denn der Besuch war äußerst dürftig. Die Anwesenden setzten sich in der Mehrzahl aus Heimatvertriebenen zusammen, und das Fragegespräch beschränkte sich in vielen Punkten auf das Wohnungsproblem in Sandhausen.

Mr. Fitzner von der US-Kreisregierung, Kreisrat Bähr sowie Bürgermeister Mattern und die Gemeinderäte versuchten, den Fragen gerecht zu werden. Viele Fragen gerieten ins politische Fahrwasser. Der amerikanische Vertreter erklärte hierzu, daß Foren den Sinn und Zweck hätten, rein kommunal-bürgerliche Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, und es könnten durch eine solche Aussprache die berufenen Männer in ihren Entscheidungen wesentlich beeinflußt werden. Mr. Fitzner war der Ansicht, daß der Bürger am kommunalpolitischen Geschehen unbedingt teilnehmen sollte.

Wie das Ortsoberhaupt ausführte, sind auch in diesem Jahr 40 Wohnungen des Hausbauvereins und ca. 30 Privathäuser im Bauplan vorgesehen, ohne daß damit jedoch die Wohnraumnot beseitigt sei. Nachdem die Heimatvertriebenen nunmehr alle aus den Schulen herausgenommen

werden konnten, sollen Leute, die mit sechs und sieben Köpfen in einem Zimmer leben müssen, endlich einen schönen Raum bekommen. Da die Kapitalbeschaffung immer noch eine äußerst schwierige sei, könnte erst nach zwei Jahren mit normalen Wohnverhältnissen gerechnet werden.

Kreisrat Bähr betonte in seinen Ausführungen, daß der Kreis für das Notgebiet Sandhausen besonderes Verständnis habe und daß alles versucht würde, finanzmäßig zu helfen. Auf einige den Straßenbau betreffende Fragen erwiderte der Kreisrat, daß zur Instandsetzung nur die Bahnhofstraße und die Hauptstraße in Frage kämen, da für diese allein der Kreis verantwortlich sei. Es wäre jedoch nicht ausgeschlossen, daß auch andere Straßen und Gassen auf Antrag finanziert werden würden. Bekanntlich bedarf das Sandhäuser Ortsstraßennetz einer baldigen umfangreichen Überholung. Die Instandsetzung hauptsächlich der Großen Ringstraße und der südlichen Hauptstraße sowie der Bahnhofstraße würde als Notstandsarbeit dann dienen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Bürgermeister Mattern konnte die erforderlichen weiteren Kapitalien jedoch noch nicht endgültig freimachen.

Auf die Frage, ob das kulturelle Interesse wieder eingeschläfert wäre, entgegnete der Ausschulvorsitzende Trötschel, daß die Bevölkerung auch hier bedeutend reger werden möchte. Gemeinderat Trötschel stellte weitere Veranstaltungen in Aussicht.

Männerchorkonzert in Meckesheim

Ein Höhepunkt ländlicher Chorarbeit

Meckesheim. Es war ein großes Erlebnis für den Chor der „Sängereinheit“ Meckesheim, mit dem Orchester der Christuskirche Mannheim und seinem Leiter, Kirchenmusikdirektor Dr. Deffner, zu musizieren, der sich in freundschaftlicher Weise dieser Aufführung widmete. Als einzig möglicher Raum stand zu diesem Anlaß am vergangenen Sonntag die evangelische Kirche zur Verfügung und das mit erlesenem Geschmack

zusammengestellte Programm wurde der Würde des Gotteshauses voll gerecht. Der Meckesheimer Chor überraschte die zahlreichen Musikfreunde durch saubere Intonation und Rhythmik, wie durch seine Ausdrucksfähigkeit vom strahlenden „Jubiläum“ bis zum ausweichenden „Amen“ des Vespergesangs von K. Kämpf. Hier wurden deutlich die Früchte einer zielbewußten Schulung sichtbar, die der Verein seinem Dirigenten W. Heß zu danken hat. Er führt seinen Chor mit anspruchsvoller Literatur in größere Aufgaben und damit über den Rahmen der üblichen ländlichen Chorarbeit hinaus. Beide Solisten aus den Reihen der Sänger zeigten, über welche guten Stimmen hier verfügt werden kann. So sang Arthur Schmidgall als besessener Tenor „Die Entlassung“ von Mendelssohn und das Schubert-Lied „Im Abendrot“ neben dem vollen und kräftigen Bariton von August Ohlhäuser mit Liedern von Bach.

Das Orchester mit Frau Elisabeth Deffner am Cembalo brachte das „Concerto grosso“ von Manfredini in überwindlicher Tiefe zur Gehör, während Dr. Deffner in dem Es-dur-Präludium von J. S. Bach sein überragendes Können durch eine glückliche Registrierung der wohlklingenden Meckesheimer Orgel erneut bewies.

Als Höhepunkt des Nachmittags erklang die Kantate für Männerchor mit Orchester von Mozart „Dir Seele des Weltalls“ — ein Erlebnis voll dramatischer Wucht, welches in den Gellertliedern seine Steigerung erfuhr bis zum Finale „Die Himmel rühme“.

Das Bemühen um eine solche Feierstunde verdient neben höchster Anerkennung auch wertige Unterstützung für die Zukunft! — bb-

Sandhausen. In einem feierlichen Festgottesdienst wurden am Sonntag 60 Mädchen und 47 Buben konfirmiert. Die würdigen Stunden wurden durch erhebende Choräle des evangelischen Posaunenchores unter Leitung von Kantor Paul Trötschel verschönt. Die liturgische Leitung hatte Pfarrer Meuret.

Wirtschaft

Der Mensch im Betrieb

Die Aufgaben der Personal- und Sozialleiter

Die Arbeitsgemeinschaft für Soziale Betriebsgestaltung (ASB), die in Heidelberg seit etwa drei Jahren besteht, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die deutschen Unternehmern darüber aufzuklären, daß die Produktion...

kurz bemessenen freien Zeit sich mit dem persönlichen Schicksal seiner Arbeitnehmer befassen soll. Andererseits verfügt gerade er durch den Einsatz seiner Person über ein psychologisches Mittel, das durch nichts anderes ersetzt werden kann...

Außenhandelsaldo der USA

Die Ausfuhr der USA fiel im Januar auf 724,6 Mill. Dollar gegenüber 934,9 Mill. Dollar im Dezember, teilt das amerikanische Handelsministerium mit. Dieser Rückgang erstreckt sich auf alle Warengebiete, hauptsächlich jedoch auf die Ausfuhr von Industrie- und Elektromaschinen sowie Baumwollwaren...

den drei Faktoren zuzuschreiben ist: 1. dem Wunsch der Abnehmerländer, ihre Dollarguthaben soweit wie möglich zu erhalten, 2. dem Bestreben der Abnehmerländer, die bisher aus den USA importierten Waren im eigenen Lande herzustellen...

Beunruhigende Außenstände im Handwerk

Mitte des vergangenen Jahres wurden die Außenstände des Handwerks im Bundesgebiet auf über 1 Mrd. DM beziffert. Man nimmt an, daß diese Summe inzwischen noch erheblich gestiegen ist. Rundfragen in der Handwerkserschaft von Nordwestfalen, die in jüngster Zeit angestellt wurden, ergaben, daß die ausstehenden Forderungen 1250.- DM pro Beschäftigten im Bauhauptgewerbe, 1300.- DM im Stuckateurgewerbe und 1500.- DM im Zimmerhandwerk betragen...

Weinheimer Tagung ohne Ergebnis

Die Tagung des Institutes zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten über das Thema „Der Schutz des Wettbewerbs im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft“ ist am 20. 3. in Weinheim ohne Ergebnis abgeschlossen worden. Eine Resolution, wie sie von Prof. Dr. Ulmer, Heidelberg, vorgeschlagen worden war, kam nicht zustande...

Eine sehr bemerkenswerte einmütige Auffassung, sogar über politische Parteien hinweg, konnte in der Gleichsetzung der Wirtschaftspolitik mit einer gewissen Planung beobachtet werden, der das Streben zugrunde lag, endlich die Verwirrung der Begriffe und damit auch das Gegenstandspar von freier Wirtschaft und Planungsökonomie zu überwinden...

Außenhandelslehrgänge der IHK Stuttgart. Die Industrie- und Handelskammer Stuttgart beschäftigt im Mai und Juni dieses Jahres eine Vortragsreihe über Außenhandelsfragen für leitende Angestellte zu veranstalten und im Herbst 1950 einen Außenhandelslehrgang für Nachwuchskräfte abzuhalten.

Englischer Hochschulmeister bei HCH zu Gast

Londoner Studenten werden stilreines Hockey demonstrieren

Heidelberg hat wieder einmal einen seiner berühmten Höhepunkte im Hockeysport. Am Samstag steigt im TSG-Stadion eine Veranstaltung, die weit über Heidelberg hinaus stärkste Beachtung findet. Es kommen gleich zwei große Spiele zur Austragung, bei denen die Feinheiten des Sports mit der weiten Kugel demonstriert werden...

typische Hockeyspiel sehen zu dürfen. Ein besonderer Ruf geht dem Mittelläufer White voraus, der in letzter Zeit ein bestechendes Mittelläuferpiel gezeigt haben soll, auch der rechte Verteidiger soll ganz große Klasse sein. Seit mehreren Jahren ist die Mannschaft englischer Hochschulmeister. Die Gäste bestreiten in Deutschland drei Spiele. Am Freitag treten sie in Darmstadt gegen die Techn. Hochschule an, am Samstag steigt dann das Heidelberger Spiel im TSG-Stadion und am Montag wird in Höchst ein drittes Spiel ausgetragen.

den Herrn, zu einem kameradschaftlichen Treffen in der Philosophenhöhe eingeladen, bei dem in altgewohnter Weise Freundschaft zwischen den Hockeykameraden gefeiert werden soll. Am Sonntag besichtigen die Gäste aus London unsere Vaterstadt.

Am Sonntagvormittag tritt die Traditionseif des HCH auf dem Universitätsplatz gegen SC Frankfurt 90 an. Das Haupttreffen steigt um 10.30 Uhr, vorher stehen sich die Damen beider Vereine gegenüber, nachher die AH.

Im badischen Hockey sind bis jetzt zwei Punktepunkte vorgesehen. Der VfR Mannheim empfängt am Sonntag Phönix Karlsruhe und sollte zu einem sicheren Sieg kommen. Germania Mannheim hat den KTV 46 Karlsruhe zu Gast. Im TSG-Stadion bestreiten um 10 Uhr die Damen der TSG 78 und die von Germania Mannheim ihr Punkte treffen.

Vor der Tennissaison 1950

In einer mehrstündigen Sitzung befaßte sich der Tennisverband Nordbaden mit dem Spielprogramm für die Saison 1950. Es wurde beschlossen, die Meisterschaften in zwei Gruppen, jeweils für Herren, Damen und gemischtes Doppel durchzuführen. In der Gruppe römisch eins spielen die Vereine: Schwarz-Gelb Heidelberg (Titelverteidiger), Tennisclub Pfalzheim, TTC Karlsruhe, Heidelberger Tennisclub und Grün-Weiß Mannheim.

und bei den gemischten Doppeln je eine Meisterschaft vergeben wird.

Der bisherige Vorstand wurde erneut beauftragt. Er setzt sich aus den Herren Kuhlmann (l. Vors.), Berg (Sportwart), beide Schwarz-Gelb Heidelberg, Dr. Reuter (Schatzmeister), Tennisclub Heidelberg und Jugendwart Reichert von ETC Karlsruhe zusammen. Die Delegierten beschlossen, sich als Tennisverband wieder dem Sportbund Baden anzuschließen.

Werbe-Premiere von „Perkeo“ Der Kegelklub „Perkeo“ beabsichtigt sein 25-jähriges Jubiläum durch ein Werbe-Premiere von 25. bis 27. März auf den Bundesbahnen im „Römerhof“ einzuleiten.

Das Werbekomitee, das auch den breiten Schichten der Heidelberger Bevölkerung zugänglich gemacht werden soll, beginnt an den genannten Tagen jeweils um 14 Uhr.

Spielerbestrafungen Die neue Spruchkammer der süddeutschen Oberliga hat folgende Spielerbestrafungen ausgesprochen: Herberger und Langjahr (Stuttgarter Kickers) wurden wegen Schiedsrichterbeleidigung beim Spiel gegen den VfR Mannheim mit einer vierwöchigen Sperre (vom 6. 3. bis 6. 4.) belegt.

FG Union wartet vergeblich auf Entschädigung

Der neue Sportplatz am Speyerweg müßte jetzt in Angriff genommen werden

Im Juli des vergangenen Jahres wurde das Gelände an der Römerstraße enteignet, das für die amerikanischen Wohnhausbauten benötigt worden ist. Auch der Union-Sportplatz müßte abgetreten werden. Inzwischen sind die Häuser erbaut und bezogen — aber die Union-Leute warten noch immer vergeblich auf die Entschädigungssumme, mit deren Hilfe sie ihren neuen Sportplatz am Speyerweg, in der Nähe der früheren Grenadierkaserne, soweit ausbauen wollen, daß darauf gespielt werden kann.

Im Spätherbst so weit zu sein, daß sie das Gras einläsen können. Als die Union ihren Platz aufgeben mußte, erzielten junge Leute im Scherz das „Grab der Hoffnungen“ auf dem Spielfeld und hingen einen Kranz um das Kreuz. Daß es so schlimm um die Hoffnungen der Union steht, konnte man damals nicht wissen. Vielleicht tragen diese Zellen dazu bei, die Verhandlungen über die Entschädigungsfrage mit einem kleinen Abgang des amerikanischen Bautempos zu beileben.

Handball-Bezirksklasse mit vollem Programm

Bezirksklasse: SG Nußloch — TV Barmmental; TSG Ziegelhausen — SG Walldorf; SV Schwetzingen — TB Heidelberg; SG Kirchheim — TSV Otfersheim (11.00 Uhr); TSV Handshühlsheim — Germania Dossenheim.

Ein Unentschieden wäre dort schon ein großer Erfolg. Die Spiele der Handballbeirger gegen die Germanen zählen bisher immer zu den spannendsten Auseinandersetzungen. Das Treffen der beiden Vereine trägt ausgesprochenen Lokalcharakter und bei solchen Spielen ist es immer schwer, eine Voraussage zu treffen.

Nach der Beendigung der Punktspiele der beiden Verbandsligisten, Hot und St. Leon, wendet sich das Hauptinteresse den Treffen der Bezirksklasse zu. Die beiden führenden Mannschaften, Otfersheim und Nußloch, dürften am kommenden Sonntag beide vor Punktergewinnen stehen. Zu einer harten Auseinandersetzung wird es in Ziegelhausen kommen. Das Vorspiel in Walldorf gewannen die Platzherren mit 2:1, man wird gerade deshalb auf dem Schlierbacher Sportplatz mit „Rachegeldern“ antreten. Den weitaus schwersten Gang haben die Heidelberger Turner nach Schwetzingen vor sich.

Kreisklasse B: TV Neckargemünd — SV Schönau; FT Heidelberg — TV 46 Heidelberg; SG Neckarsteinach — SG Sandhausen.

Heute Großkampftag Die beiden letzten badischen Basketball-Mannschaften, der TBH als frischgebackener Badischer Meister, und der BCH, als dessen ständiger Verfolger, treffen heute abend um 19 Uhr, in der Marstallhalle, aufeinander.

Gegen „Weiße Woche“

In letzter Zeit ist wiederholt die Frage erörtert worden, ob die sogenannte „Weiße Woche“ wieder eingeführt werden soll. Eine solche Regelung hätte nach Ansicht der IHK Stuttgart die Aufhebung oder Änderung des heute noch uneingeschränkt geltenden Erlasses des früheren Reichswirtschaftsministers vom 4. Juli 1925 betr. Sonderveranstaltung zur Voraussetzung. Die Stuttgarter Kammer glaubt jedoch, daß, wenn erst einmal das grundsätzliche Verbot von Sonderveranstaltungen durchbrochen ist, weitere Veranstaltungen ähnlicher Art folgen würden. Das Ergebnis wäre aller Wahrscheinlichkeit nach eine für die Wirtschaft und Verbraucher gleichermaßen unerträgliche Verwilligung der Verkaufsmethoden, die gerade durch den Erlaß vom 4. 7. 1925 unterbunden werden sollte. Auch der Textileinzelhandel hat sich, wie VWD erfährt, auf einer Geschäftsführerkonferenz des Hauptverbandes entschieden gegen jede Sonderveranstaltung ausgesprochen.

Getreide und Öl aus Argentinien. Argentinien hat der Bundesrepublik nach Mitteilung des Bundes-Ernährungsministers größere Mengen Weizen, Roggen, Öl und Ölsaaten angeboten. Auf Grund des augenblicklichen Roggenüberflusses ist die Bundesrepublik nicht in der Lage, von dem argentinischen Roggenangebot Gebrauch zu machen. Die Abnahme eines größeren Postens Weizens wird jedoch erwogen. Darüber hinaus ist die Bundesrepublik bereit, größere Mengen Ölsaaten von Argentinien zu kaufen; fertiges jedoch nur in ganz geringen Mengen.

Advertisement for Claussen Heidelberg featuring a portrait of a man and text: 'Achtung! Führend in der Leistungsfähigkeit ist nur der Fachmann? Konditorei-Kaffee Sthen Das gute Familien-Kaffee... GUTBROD 3/4 to Lastwagen... KARL KLEY Leistungsfähige Werkstätte für Juwelen-Neu- und Umarbeiten...'

Schwarze Zukunft für die Kohle

Von unserem Korrespondenten

W.W. New York, (Eig. Bericht) „Das Ende des Kohlenstreiks hat in keiner Weise die Notwendigkeit eines ausführlichen Studiums der Kohlenindustrie herabgemindert, um die beste Lösung ihrer Probleme vom Standpunkt der Bergarbeiter, der Unternehmer und vor allen Dingen der Nation zu finden.“ Dieser Satz ist die Quintessenz des Briefes, den Präsident Truman an die Führer des Parlaments gerichtet hat, und in dem er sie auffordert, zum Studium dieses Problems einen Kohlenrat zu berufen. Gleichzeitig hat der Präsident einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dem Kohlenrat die folgenden Punkte zum Studium vorlegt, ohne ihn notwendigerweise auf diese Punkte zu beschränken. Sie sind:

1. Notwendiges Ausmaß der Industrie, um nationale Sicherheit, Gesundheit und Wohlfahrt zu sichern. 2. Vorkommen und Beschaffenheit von Kohlenreserven und ihre Beziehung zur Zukunft der Industrie. 3. Gegenwärtige und zukünftige technische Mittel sowie Kosten der Förderung und Verteilung von Kohle und der soziologischen Folgen ihres Gebrauchs. 4. Gegenwärtige und zukünftige Lage des Beschäftigungsmarktes für die Bergarbeiter, einschließlich Löhne, Arbeitsstunden, Sicherheits-Faktoren, Wohlfahrts- und Pensionsbedingungen und Aussichten für Dauerbeschäftigung. 5. Gegenwärtige und zukünftige Charakteristiken der Konkurrenz in der Industrie. 6. Gegenwärtiger und zukünftiger Markt für Kohle.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte dieser Industrie, daß eine Kommission zur Untersuchung ihrer Leiden eingesetzt worden ist. Bereits im Jahre 1922 ordnete Präsident Harding die Einsetzung einer solchen an, nachdem einer der längsten Streiks gerade beendet worden war. Man kann nicht sagen, daß man aus der Geschichte der amerikanischen Kohlenindustrie viel gelernt hat. Das Untersuchungsergebnis im Jahre 1922 war ein vierbändiges Werk, das in der nicht gerade überraschenden Erkenntnis gipfelte, daß konstruktive Führerschaft in der Industrie ihre eigenen Probleme selbst lösen müsse. Praktische Hilfe haben diese vier dicken Bände der Industrie nicht gegeben, und während der folgenden zehn Jahre sind die Verhältnisse in immer ansteigendem Maße schlimmer geworden. Mit dem New Deal des Präsidenten Roosevelt wurde ein Gesetz eingeführt, das Mindestpreise festsetzte, Konkurrenz regelte und kollektive Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Pflicht machte. Diesem Gesetz folgte im Jahre 1935 ein zweites, im Jahre 1937 ein drittes, alle mit ungefähr den gleichen Rechten. Das letzte Gesetz erlosch im Jahre 1943.

Nun hatte der Bericht an Präsident Harding im Jahre 1922 bereits festgestellt, daß im Lande bei weitem mehr Bergwerke arbeiten als zur Deckung des Kohlebedarfs notwendig sind, daß 200 000 Bergarbeiter zu viel beschäftigt sind und daß daher diese nur Teilarbeiten leisten, was wiederum höhere Löhne zur Folge hat, um ihnen den Lebensunterhalt zu ermöglichen. Weiterhin betonte dieser Bericht, der nun beinahe 30 Jahre zurückliegt, bereits, daß die Industrie der Gewerkschaften der Bergarbeiter auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist und daß es Zeit würde, daß diese von ihrem einseitig kriegerischen Standpunkt endlich zu aufbauender Arbeit überginge.

Lewis hat mehr als einmal bewiesen, daß er heute noch genau so handelt, wie seine Gewerkschaft es vor 30 Jahren tat. Er scheint dabei nicht zu sehen, daß die Entwicklung in der Zwischenzeit sich gegen ihn gewendet hat, wie es im Jahre 1922 noch keineswegs voraussehen war. Heute wie damals hat er die Macht, Bergwerke stillzulegen, Bergarbeiter brotlos zu machen. Teile anderer Industrien brach zu legen und Teile des Landes frieren zu lassen. Aber diese

Teile werden kleiner und kleiner. War vor 30 Jahren die Konkurrenz für Kohle fast ausschließlich auf billigere Kohle beschränkt, so sind es heute Öl und natürliches Gas, die der Kohle in steigendem Maße stärkste Konkurrenz machen und ihr überall mit Erfolg den Markt beschneiden. Wie gefährlich diese Konkurrenz ist, zeigt, daß von über 5000 Lokomotiven, die seit Kriegsende von den Eisenbahnen bestellt und ihnen geliefert wurden, weniger als 7% kohlebrennende Maschinen sind. Von den Lokomotiven, die gegenwärtig in Bestellung sind, ist es nur noch 1%. Die Verwaltungen der Städte, die früher ihre Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke fast ausschließlich mit Kohle beheizt haben, sind in weitem Ausmaß zum Verbrauch von Öl übergegangen. Nur einige Beispiele hierfür: Philadelphia gebraucht 70% Öl, New Jersey 90%, Cleveland 100%.

Dieses sind Tatsachen, die so offenkundig sind, daß selbst ein Fanatiker wie Herr Lewis sie nicht übersehen kann. Der letzte „Sieg“, den er mit einer Lohnerhöhung für die Bergarbeiter errungen hat, drückt sich in Ziffern nicht ganz so siegreich aus. Mit Hilfe der neuen Löhne müssen die Bergarbeiter über 6 Jahre arbeiten, um erst einmal den Lohnausfall der vergangenen zehn Monate wieder hereinzubringen. Die Kohle aber wird wieder teurer, die Konkurrenz der anderen Heizmittel immer stärker. Noch viele solcher „Siege“, und die Kohlenindustrie wird so weit der Konkurrenz von Öl und Gas ausgeliefert sein, daß der Preis der Kohle sich automatisch senken muß, will die Industrie in einem solchen Konkurrenzkampf überhaupt am Leben bleiben. Spätestens dann wird der Gesundheitsprozeß in der Kohlenindustrie beginnen, und die Tage, in denen Lewis alleiniger Herr und Meister war, werden der Vergangenheit angehören.

Große Koalition in Oesterreich

Von unserem Korrespondenten

H. Sch. Wien, (Eig. Bericht) Ohne daß die Öffentlichkeit, vorwiegend damit beschäftigt, die zu geringen Einnahmen mit den steigenden Möglichkeiten, das Geld auszugeben, irgendwie in Einklang zu bringen, davon allzuviel Notiz nimmt, hat sich die innenpolitische Lage in Oesterreich im gleichen Ausmaße verschärft, wie seine außenpolitische Situation ungünstiger geworden ist. Die neuerliche und nun sehr ausgiebige Verhandlung der Staatsvertragsverhandlungen (es war die 251. Sitzung) hat zwar, da ohnehin niemand mehr mit einem Erfolg rechnete, nicht alarmierend, aber doch deprimierend gewirkt. Die Tatsache, daß von den Russen plötzlich wieder Geld in die von ihnen besetzten Betriebe gesteckt wird, ja daß, wie eben vor einigen Tagen, große Unternehmungen, wie zum Beispiel das Nahrungsmittelwerk Dr. Oetker in Baden bei Wien offiziell als Eigentum des sowjetrussischen Staates in das österreichische Handelsregister eingetragen wird, sind kennzeichnend für die neue Situation. Hand in Hand geht eine sehr laute und massive Agitation der österreichischen Kommunisten, durch Streiks, Demonstration und Zwischenfälle um jeden Preis Unruhe zu stiften und so doch noch vor den Augen ihrer Auftraggeber zu beweisen, daß sie das Gnadengeld und die Unterstützungen verdienen.

Das Parlament berät das Budget und dabei kommt deutlicher denn je zum Ausdruck, wie eng und festgeschmiedet die Koalition der beiden großen Parteien ist, die eigentlich so viel trennen müßte und doch so wenig trennt. Denn beiden geht es um die Erhaltung ihrer Positionen und es scheint ihnen besser, jeden zweiten Ministerposten und jede zweite Schlüsselposition zu haben, als gar keine und dafür linientreue

Schulreform in Schweden - Pläne in Frankreich

Lehrreiche Diskussionsbeiträge zweier Heidelberger Pädagogen

Die deutsche Schulreform ist in ihren Anfängen stecken geblieben. Politische, soziale, finanzielle und pädagogische Verhältnisse ließen uns zu keiner Einheit kommen. Umso wertvoller ist es, daß nunmehr namhafte Pädagogen die Schulreform vom Standpunkt der vergleichenden Erziehungswissenschaft aus betrachten und den Stand der deutschen Schule von heute mit dem der anderen Länder vergleichen.

Am Montagabend hielt Dozent Dr. Georg Laule in der „Pädagogischen Arbeitsstelle“ der Lehrerbildungsanstalt einen Vortrag über die Schulreform in Schweden. Wie in Deutschland, so bestand bisher auch in Schweden keine Einheit des Schulwesens. Durch Regierungsbeschluss von 1940 wurden in Schweden ein Schulkomitee aus Fachleuten und 1946 eine Schulkommission aus Vertretern der politischen Parteien gebildet. Beide hatten die Aufgabe, das schwedische Schulwesen nach neuzeitlichen Gesichtspunkten zu reformieren.

Diese neue schwedische Schulreform bringt die planvolle Vereinigung von Volk- und Realschule zur neunjährigen Einheitsschule. Das 9. Schuljahr bedeutet eine Ausgestaltung zu einem vorbereitenden Berufsschuljahr. Die bisherige Realschule bildet als selbständige Anstalt auf zu existieren. Da die Einheitsschule obligatorisch ist, muß eine strenge Differenzierung und Individualisierung stattfinden. Schon die Einweisung in die unterste Klasse kann nur auf Grund von Reife-Testen geschehen. Die Entscheidung über den Bildungsgang erfolgt erst nach dem 8. Schuljahr. Die Unterscheidung von Grundkursen und Ergänzungskursen ermöglicht schon von 7. oder 8. Schuljahr ab eine Anpassung an die Begabung. Eine strenge Liniendifferenzierung vor dem 9. Schuljahr wird abgelehnt. Die vollständige Aufgliederung erfolgt erst in der 9. Klasse.

Die schwedische Schulreform ist ein großzügiger Versuch, die alte Kluft zwischen den sozialen Schichten zu beseitigen und die Bildung aller Kinder nur nach der Begabung zu ermöglichen. Von der 5. Klasse ab können alle Schüler eine Fremdsprache erlernen. Das Schulgeld ist in allen Schulen

aufgehoben. Der Staat bezahlt die Lehr- und Lernmittel. Er übernimmt 90 vom Hundert der Kosten der Lehrergehälter und 90 vom Hundert der Kosten für die Schulhäuser.

Oberstudiendirektor Schäck sprach dem Redner den Dank der Zuhörer aus und wies darauf hin, daß Schweden, das reichste und glücklichste Land von Europa, ein Schulsystem geschaffen habe, das vorbildlich für die ganze Welt sein werde. Herr Fromhold von der „Pädagogischen Arbeitsstelle“ zeigte zahlreiche Lichtbilder von Schwedens Land und Leuten, von seiner Land- und Forstwirtschaft sowie der Industrie.

Erkenntnisse einer Studienreise

Über Eindrücke und Erfahrungen seines Pariser Studienaufenthalts berichtete am Montag Oberstudiendirektor Dr. Durand in der Hölderlinchule. Dieser Vortrag war der erste in der Vortragsreihe des Landesverbandes der Lehrer höherer Schulen. Als erster Deutscher aus der amerikanischen Zone erlebte Dr. Durand im Herbst letzten Jahres vier Wochen lang das „Centre International d'Etudes pedagogiques“ in Sevres bei Paris. In dieser Diskussionsstätte der Pädagogik erörtern Lehrer aus aller Welt in sogenannten „Freizeiten“ Schulprobleme und Reformfragen.

Die Probleme der Pädagogik sind in Frankreich ungefähr dieselben wie bei uns, stellte Dr. Durand fest. Probleme wie Schulzeit, Krise des Unterrichts, Lehrschule oder Arbeitsschule würden viel diskutiert. Die französischen Schulreformer wollten den Kontakt zwischen Leben und Schule wieder herstellen, ihre Argumente seien sozialer, psychologischer und pädagogischer Art. Nach ihrer Ansicht dürften in einer kulturellen Demokratie nicht nur wie bisher nur ein Fünftel der Schüler höhere Lehranstalten besuchen. Man erwäge deshalb sogar eine Unterstützung für Eltern, die auf den Verdienst der nach den neuen Plänen noch schulpflichtigen Kinder angewiesen sind. Nach zwei Jahren der Orientierung, in denen sich die Begabungen herauschälen sollen, wolle man die Schulklassen in zahlreiche Zweige — Französisch, alte Sprachen, neue Sprachen, Technik und Kunst — aufteilen. Heute schon seien zahlreiche studierte Psychologen an den Schulen tätig, die keinen Unterricht geben, sondern Verbindung mit Schülern, Lehrern und Eltern pflegen. In den Argumenten gegen die Schulreform werde von notwendigen erzieherischem Zwang gesprochen und einer kaum zu lösenden Aufgabe des Lehrers in der neuen Schule. Bis jetzt gebe es 800 „neue Klassen“ in Frankreich, in denen im Sinne der Reform gearbeitet werde. Alte und neue Schule hielten sich in der Diskussion aber noch die Waage.

Dr. Durand nannte den Französischunterricht in Frankreich textlastig, den Unterricht in Geschichte quellenlastig. Der wahrfreie Deutschunterricht trete zur Zeit hinter dem spanischen zurück. Dr. Durand hofft als Ergebnis seines Aufenthaltes auf Assistentenstellen für Studenten und junge Referendare. Beide Unterrichtsverwaltungen seien daran interessiert. Für einen engeren Kontakt zwischen deutschen und französischen Schülern hätte er sich bereits einsetzen können, auf daß so über gegenseitiges Verständnis auch zur Verständigung der Völker beigetragen werde.

Amerikanische Studentinnen besuchen Heidelberg

Freitagabend traf, geführt von Miss Lawson, eine Gruppe amerikanischer Studentinnen, die für ein Jahr an der Universität Genf studieren und dann an ihre Heimatuniversität, das Smith College, zurückkehren, auf einer Westdeutschland-Fahrt in Heidelberg ein. Sie waren hier Gäste des ISS (International Student Service), der sie zwei Tage betreute. Die Gäste, die alle „International Relations“ (was man mit „Internationale Beziehungen“ übersetzen könnte) studieren, interessieren sich sehr für die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer deutschen Kommilitonen. Samstagvormittag waren die Gäste von Gen. Th. T. Handy empfangen worden. Der Nachmittag sah sie in Heidelberg und Neckargemünd, an den Burgen am Neckarsteil und auf der Dillburg. Die Studentinnen waren begeistert von dem Gebotenen und dessen war so viel, daß es geschehen konnte, daß eine Amerikanerin auf die Frage eines deutschen Studenten, wie ihr die Dillburg gefallen habe, antwortete: „It was nice, what was it?“ („Es war schön, was war es denn eigentlich?“) H. H.

Wie dächte Friedrich Naumann heute / Von Theodor Heuss

Am 25. März jährt sich der Geburtstag des 1919 verstorbenen Friedrich Naumann zum 80. Male, eines Mannes, aus dessen politischer Schule eine Reihe führender deutscher Politiker, an ihrer Spitze Bundespräsident Professor Dr. Heuss, hervorgegangen sind. Wir entnehmen aus diesem Anlaß dem im Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leina, Tübingen und Stuttgart, erschienenen Buch „Friedrich Naumann, der Mann, das Werk, die Zeit“ von Bundespräsident Dr. Theodor Heuss die folgende Darstellung.

Es wäre vermessend, sagen zu wollen, wie Naumann „nach dreißig Jahren“ über die gegenwärtige geistige und politische Lage Deutschlands und Europas urteilen würde. Vermutlich würde er mit großer Teilnahme die religiös-kirchliche Entwicklung verfolgt haben. Es war ihm eine freudige Genugtuung, daß er, der den kirchenrechtlichen und kirchenpolitischen Auseinandersetzungen immer ferne gestanden hatte, in Weimar durch ein fruchtbares Mitteltum hatte helfen können, den staatsfreien Raum des Kirchenwesens zu sichern. Doch nicht ohne Sorge würde er beobachtet haben, wie aus dem Raum der Kirche staatsgegnerische Bewegungen der jungen Republik die seelische Sicherung erschwerten. Artur Bonus hatte ihn einmal für die „Germanisierung des Christentums“ in Anspruch genommen; im Grunde war das ein romantisches Mißverständnis gewesen, worin Anliegen des Autors auf seinen Gegenstand übertragen wurden. Naumann hatte wohl gespürt, daß Ausdeutungen, wie sie dann die politische Pseudologie der „Deutschen Christen“ gebracht haben, unterwegs waren — er hatte in ihnen die Gefahr der Zweckbanalisierung gesehen. Jetzt würde er sie schroff zurückgewiesen haben und doch vor der dogmatischen Gegenthese in Verlegenheit gewesen sein. Dies war das Element der theologischen Ungewißheit in seinem Wesen.

Für die weltpolitische, für die europäische Machtgestaltung in ihrer Wirkung auf das deut-

sche Schicksal würde auch Naumann die gewisne Antwort gefehlt haben. Er hatte, selbst in der Niederlage von 1918, den stillen Glauben behalten, daß Mitteleuropa nicht umsonst gedacht worden sei — die Geographie, die Gemeinsamkeit großer Geschichte, die Ergänzungskraft der wirtschaftlichen Gegebenheiten und die Zugehörigkeit zur abendländischen Geistes- und Religionsgeschichte würden Elemente sein, die über eine Staatenkatastrophe wirken können. War Hitler im Frühjahr 1938, als er nach Wien marschierte, März 1939, als er in Prag einrückte, doch der Vollzieher einer Naumannschen Konzeption, nur eben mit der Technik des Handelns statt des Unterhandelns? Hitler hat die Naumannsche Programmatik nicht vollzogen, sondern ideell und sachlich verdorben. Denn Mitteleuropa mit seiner Kompliziertheit war niemals durch Geulster und Polizeiverbände zu schaffen, sondern nur durch ein weises Staatsmännertum des Überzeugens und Gewinnens.

Die Umgestaltung der weltpolitischen Lage durch das Machtphänomen der USA konnte Naumann nur ahnen. Mit der größten Sorge hatte er 1916 und 1917 die leichtfertige Art gesehen, mit der man in deutschen Kreisen allein das Kriegspotential der Vereinigten Staaten unterschätzte. Daß die entscheidende Teilnahme amerikanischer Truppen an der Niederwerfung Deutschlands auch politisch-psychologische Tiefenwirkungen im Volksbewußtsein des ungeheuren Landes haben werde, konnte seiner kräftigen und einfühlsamen Phantasie nicht verdeckt bleiben. Doch die Maße selber waren nicht zu greifen. Das aber, was Naumann heute zur außenpolitischen Problematik zu sagen hätte, ist sehr einfach, er würde mit Leidenschaft für die Bereinerung der deutsch-französischen Beziehungen kämpfen. So ablehnend er gegenüber jedem Feld-, Wald- und Wiesen-Pazifismus war, der mit nationalen Plattitüden oder Sentimentalitäten über die Gefährdungen der Geschichte sich hinwegredete, so fatal war ihm die Primitivität der al-deutschen

Hybris. Sein Verhältnis zu dem westlichen Nachbarstaat war von beiden Gefühlshaltungen völlig frei: er sah es realistisch. In diesem Realismus steckte wohl auch ein Stück persönlicher Empfindens: in Frankreich ist er, reichend und malend, oft gereist, er kannte ziemlich viel von seiner Literatur, liebte das französische Volk, den kleinen Mann, von dem er mit einer gewissen zärtlichen Dankbarkeit erzählte, und hatte auch Respekt vor der in aller parlamentarischen Wirrung starken Leistung der französischen Politik.

Wedekinds Wiederkehr

Zur Aufführung von „Frühlings Erwachen“ in den Münchner Kammerspielen

Unmittelbar vor und nach dem ersten Weltkrieg erlebte Frank Wedekind seine großen Triumphe, seine Niederlagen, seine fanatischen Anhänger und seine nicht minder radikalen Gegner. Es war die Zeit, da eine Einstudierung eines Dramas von Wedekind einem Intendanten die Gegnerschaft seiner biederen Stadträte eintrug und sein Amt kosten konnte. Im dritten Reich waren Wedekinds Werke als entartet verboten, wie die Werke Strindbergs. Bei der allgemeinen Bestandsaufnahme, die jetzt die deutschen Bühnen unternehmen und die sich noch nicht genug auf einzelne halbvergessene, wie Strindberg, erstreckt, die aber seit ein paar Jahren Ibsen einbezieht, durfte auch Wedekind nicht fehlen. Eben erst hat Hamburg mit dem „Erdgeist“ einen Versuch unternommen und die Münchner Kammerspiele, einst besonders um Wedekind bemüht, holten jetzt eines seiner umstrittensten Bühnenwerke hervor — seine Jugendentragödie „Frühlings Erwachen“, 1890 geschrieben. Kaum war ehedem der Naturalismus zur Geltung des Tages gelangt, so meldete sich auch schon die Reaktion auf diese Bewegung. Von den verschiedenen ethischen Standorten wurde gegen ihn Sturm gelaufen, vor allem gegen die Unterdrückung des Ich. Am schärfsten rebellierte Wedekind. Er schrieb seine Forderung auf Anerkennung des Kreatürlichen wie ein Budo-

ausrufer auf der Bühne aus. Er schrie in einer Sprache, die bedenklich zwischen banalem Zeitungsdeutsch und skurrilem Pathos schwankte. Er sah nur ein Problem, das er für das wichtigste des modernen Menschen bezeichnete und immer wieder dem erschrockenen Bürgertum mit bewußt zynischer Eindringlichkeit zur Diskussion stellte: das Problem des Sexus als der entcheidenden Triebkraft des Individuums.

Jetzt prüfen wir wieder die Gültigkeit seiner Bühnenpredigt an diesem Drama junger Menschen das die Tragik des erwachenden körperlichen Daseinsgefühls der jungen Lebensstufe zu gestalten sucht. Und siehe da! Man betrachtet heute diese drei Akte schon wie eine historische Angelegenheit, die als szenischer Bilderbogen vorgeführt wird. Man wird Wedekind gerechter als seine Zeitgenossen es waren, indem man den ethischen Ernst des vorgetragenen Problems begreift und anerkennt, aber man spürt auch, daß diese Menschen außerhalb der dichterischen Bereiche eine konventionelle Sprache sprechen, gewiß absichtsvoll konventionell, die ans Banale grenzt und nur noch durch ihre Sachlichkeit wirkt. Auch das Lehrhafte, das Wedekinds Dramen oft als aufdringliche Predigten erscheinen läßt, wirkt nicht mehr so pedantisch wie ehedem, aber freilich trotzdem gerade dort noch lehrhaft, wo man sich lieber durch das dichterische Bild als durch die journalistische Predigt überzeugen lassen möchte. Ein Kapitel Literatur wurde an diesem Abend aufgeschlagen und nicht eine lebendige Dichtung gezeigt. Daß aber doch noch eine spürbare Wirkung zustande kam, dankte man der musterhaften Aufführung Wilfrieds Seyferth, der geschmackvoll die rechte Mitte zwischen drohender Gefühlsbetontheit der Beelen-Entladungen und sachlicher Nüchternheit in der Führung des Dialoges innehielt. Die Kammerspiele, zu deren Personal heute Wedekinds Tochter Pamela gehört, erwiesen mit der Aufführung dieser Kindertragödie auf Neue, daß sie unter der Leitung von Schweikart und Buckwitz den wichtigsten Akzent im Münchner Schauspiel bilden, rkg.

Wer führt den GRAUEN Ford?

Ein Fortsetzungsbericht über die Aufklärung des Mannheimer Poststraubs

3. Fortsetzung

Die Kriminalpolizei nahm im September 1949 einen Strophantinschieber-Ring aufs Korn, sie vermutete Zusammenhänge mit den Posträubern. Aus kleinen und kleinsten Anhaltspunkten ergaben sich neue Spuren und neue Bestätigungen.

Bei den Strophantin-Verhandlungen des Vorabends war davon gesprochen worden, daß sie „alle“ am Sonntagmittag nach Fürth im Odenwald fahren wollten, sich ein Fußballspiel ansehen.

Darum aßen die Kriminalbeamten in aller Ruhe zu Mittag und dann fuhren sie nach Fürth im Odenwald. Den schwarzen Opel-Kapitän nahmen sie mit. Gegen vier Uhr kamen sie in Fürth an, stellten den Opel am Ortseingang ab und das Fußballspiel beendet war, ging der Schweizer („oh, welche Überraschung“) in die Wirtschaft, in der Breunig, Hörner und die Anderen alle beim Wein saßen.

Sie warteten auf Knabenschuh, der doch eigentlich schon gleich zum Spiel hatte kommen wollen. Er kam natürlich nicht. Der Schweizer wartete mit. Aber kein Knabenschuh kam. Dem Schweizer wurde es zu dumm und um halb sieben sagte er, nun führe er wieder nach Mannheim zurück. Die Strophantin-Leute bestellten sich ein fulminantes Abendessen und erklärten, sie blieben noch bis acht Uhr. Käme Panko bis dahin nicht, so würden sie eben auch zurückfahren. — Einer der Kriminalbeamten ging zu dem Landjäger von Fürth und wies ihn an, um 19.45 Uhr in die Wirtschaft zu gehen und den dort Sitzenden mitzuteilen: Panko habe angerufen, er hätte einen schweren Unfall gehabt und sie sollten sofort nach Waldhof kommen.

In der Zwischenzeit fuhren die Kriminalbeamten nach Mannheim, trafen dort 19.30 Uhr ein und nahmen sich Freund Knabenschuh und dessen Mädchen vor. 20.30 Uhr erschienen die anderen Beamten mit der aus Fürth nach Mannheim gerasteten Gruppe: der Landjäger war pünktlich erschienen und wie die alarmierte Feuerwehr waren Breunig und die anderen Jungens nach Waldhof gebummelt. Die Kriminalbeamten, die in voller Deckung in Fürth warteten, hinter ihnen her und als die um ihren Freund Panko besorgten Strophantin-Verkäufer in Waldhof anlangten, wurden sie geschwind festgenommen. Sie tobten, aber es half ihnen nichts.

Die Vernehmungen gingen nun Tage und Nächte ununterbrochen. Denn einstweilen leugneten die jungen Herren aus Waldhof alles. Vom Poststraub hatten sie natürlich nur aus der Zeitung erfahren und die Brüder Stück hatten sie niemals in ihrem Leben gesehen.

Der Schweizer, Mayer, mit „ay“ aber erschien am Abend des 19. September in der Gartenstadt. In der Werkstatt des Schneidemeisters. — Der Schneidemeister wurde am Morgen verhaftet. Der bebende Schneider wurde vor einen Kriminalbeamten geführt, der ihn zu seinem Fall Strophantin vernahm. Noch während der Vernehmung wurde der Schweizer heringeführt. Von einem Kriminalbeamten, der mit dem sichtlich

lich soben Festgenommenen neben der Tür stehen blieb.

Der Schneider war fassungslos. Vor allem, als er nach seiner Vernehmung — in der er übrigens die Wahrheit sagte — entlassen wurde. Als er wieder in seiner Schneiderwerkstatt saß, erschien der Schweizer, sichtlich zerknüppelt und wügend. „Denen habe ich aber gegeben. Mich festnehmen. Für nichts und wieder nichts.“ Beide unterrichteten sich über ihre Vernehmungen und siehe da, den Schneider fragten sie nach Strophantin — den Schweizer aber nach Pistolen. „Ich werde verrückt. Was wollen die denn von mir? knurrt der wütende Schneider.

Meinte die neger-fangende Rosl, das wäre ja ein Ding, das sich gewaschen hätte. Aber der brave Schneider war doch erregt und als die übergescheitete Rosl Roden hielt, von wegen dem Quatsch mit den Pistolen und so, packte der Schneider aus und er meinte, sie solle nur den Mund halten. Was er wäre — er wäre schon immer gegen die Kanonen gewesen. Die brühten doch nur Unheil. Rein kriminalistisch kamen zwar unwesentliche Details heraus; aber es war doch wohl so, daß die Rosl mal im Sommer, als sie es doch eigentlich mit dem Boß hatte, nachts mit dem Panko in den Wald gefahren wäre?

Oder? Der Breunig war natürlich eifersüchtig und nichts wie hinterher. Unter dem Lastwagen hatte der Chef gelegen und dem Gespräch der beiden Liebenden zugehört, und sie, die Rosl, könne doch wohl nicht bestreiten, daß der Panko damals versichert hatte, er würde den Robert über den Haufen schießen? Den hätte er schon lange dick — wie was, hat er das nicht gesagt? Und dabei die Pistole durchgeladen — stimmt? Es stimmte. Wie die sonst so groß-kotzige Rosl kleinlaut zugeben mußte.

Das Gespräch wurde unterbrochen, als ein Arbeiter aus der Gartenstadt in die Schneiderwerkstatt kam und sich seine umgeschnidene Jacke abholen wollte. Natürlich kam das Gespräch auf die jungen Leute, die man verhaftet hatte: der Arbeiter meinte, es wäre kein Wunder, daß das schieß gegang sei. Er habe den Burschen schon immer nicht getraut und wer so viel Geld herumwerfe, der könne es nicht ehrlich erworben haben. „Die haben sich zuviel herumgetrieben. Ich habe sie so oft im Hüttenfelder Wald gesehen, wenn ich Pilze sammelte — da steckt doch noch mehr dahinter.“ Da der Arbeiter seine Jacke nicht gleich bezahlen brauchte, wenn du mal Geld hast, bringste mir zwei Mark“ — verschwand er dann schließlich. (Fortsetzung folgt)

Neues aus aller Welt

„Stellwandfahrer Pitt“ tödlich verunglückt. Auf der Bundesstraße 35 zwischen Illingen und Lienzlingen im Landkreis Vaihingen/Enz ist der 48 Jahre alte Schausteller und Artist Peter Löffelhardt aus Stuttgart, der als „Stellwandfahrer Pitt“ bekannt war, auf der Fahrt zur Frankfurter Frühjahrsmesse mit seinem Personenkraftwagen tödlich verunglückt. Er prallte mit seinem Fahrzeug in voller Fahrt gegen einen auf der rechten Straßenseite parkenden mit Langholz beladenen Lastzug. Während Löffelhardt sofort tot war, mußten seine Frau und zwei weitere Insassen des Wagens schwer verletzt in das Krankenhaus Vaihingen/Enz gebracht werden. Alle drei schweben in Lebensgefahr. Der Kraftwagen wurde fast völlig zerstört. Die Schuldfrage ist nach Mitteilung der Landespolizei noch nicht geklärt.

27 arbeitslose Kapellen wurden engagiert. Daß manchmal auch Behörden gute Einfälle haben, bewies das Arbeitsamt Hamburg, das mit seiner Werbekoje auf der unlängst beendeten Hotel-, Gaststätten- und Konditoreiemesse ungewöhnliche Erfolge erzielte. Die vor der Koje musizierenden arbeitslosen Kapellen gingen weg wie warme Semmeln und am Schluß der Messe waren 27 Kapellen mit 144 Musikern engagiert. Außerdem noch einige Dutzend Köche und Konditoren. Ein Beispiel behördlicher Initiative, das Nachahmung verdient.

Zuchthaus für falschen Graßbesteller. Eine Kasseler Strafkammer verurteilte den 51-jährigen Kurt Ziegler aus Wiltzenhausen am Montag zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 200 Mark Geldstrafe, weil er Angehöriger vermittelter Soldaten laufend betrogen hat, indem er Grüße bestellte, die ihm auf-

getragen worden waren und durch die viele Familien in dem Glauben versetzt wurden, daß der in Rußland vermählte Sohn, Bruder oder Mann noch am Leben sei. Der ehemalige Feldwebel sich als „Oberstleutnant a. D.“ ausgab, hatte sich von den glücklichen Angehörigen für seine „guten“ Nachrichten laufend mit Geld und Lebensmitteln bezahlen lassen.



Die Heimat Serete Khamas. Dies ist die Hauptstadt des Ramogwato-Stammes Serowe (Betschuana-Land), der Regierungssitz des künftigen Häuptlings. Oben links der Wohnsitz Seretes und seiner englischen Gattin Kath. U.P.

Das stärkere Leben
Copyright München
Roman-Verlag

45. Fortsetzung

Der Toni nickte. „Ja, freilich, auf'm Rücken.“ Er zog die Stirne kraus, als suche er es sich vorzustellen. Er hatte wieder sein verschlossenes, abweisendes Gesicht.

„Nun also! Aber sollte man nicht denken, daß er kopfüber ins Gestrüpp gesunken wäre, wenn er in dem Augenblick, als es ihn traf, im Schlaf vornübergeliegt auf der Bank saß?“

Aus zusammengeschnittenen Augen, als denke er angestrengt nach, sah ihn der andere an. Dann zog er stumm die Achseln hoch. Was gab es dagegen zu sagen?

„Wenn es ihn aber im Stehen getroffen hat“, fuhr Gregor fort, ganz in seine Überlegung eingesperrt. „dann konnte das Geschoß freilich keine Spur hinterlassen.“

„Im Stehn.“ — Der Toni stutzte, als habe er nicht richtig gehört.

„Das ist doch denkbar! Wenn nämlich wirklich zwei Schüsse gefallen sind, wie neuerdings behauptet wird. Bei Vaters Büchse war doch nur ein Lauf frei. Wenn aber der tödliche Schuß aus einer anderen Büchse stammte, dann muß der Schütze ganz nahe gestanden haben, also etwa hier, der Richtung des Wundkanals nach.“ Er deutete nach links. „Vaters Rock war ja noch angesetzt.“

„Aber wenn doch bloß ein Schuß gefallen ist!“ rief der Toni, und starrte Gregor an, als sei er ihm plötzlich unheimlich geworden.

Gregor aber, von der Vorstellung des Geschehens damals gepackt, drehte ihm halb den Rücken zu. „Das hat die Kommission angeordnet. Aber passen Sie einmal auf, Toni, ich nehme nur an, verstehen Sie, da war noch ein

anderer und mein Vater hat ihn zu spät entdeckt, hat sich von ihm bedroht gesehen, im letzten Augenblick noch versucht, sich zu wehren und hat fast im gleichen Augenblick wie der andere geschossen. Sie sollen ja fast gleichzeitig gefallen sein, die beiden Schüsse. Dann hätte er doch in dieser Richtung, auf die alten Wettertannen dort am Hang etwa geschossen. Der Ansatz hier ist erhöht durch die kleine Kuppe, der andere müßte also etwas tiefer gestanden haben.“

Er glaubte deutlich greifbar zu sehen, wie sich damals alles abgespielt hätte und ging auf die zerschundenen, verwiterten alten Stämme zu. „Wenn überhaupt, dann können wir nur hier eine Spur entdecken.“ Ohne darauf zu achten, ob ihm der Toni folgte oder nicht, begann er die vier Stämme, die in dichter Gruppe ineinander verwichen waren und allen Stämmen getrotzt hatten, zu untersuchen, zuerst etwa in Mannshöhe, dann tiefer. Wenn seine Annahme richtig war, dann hatte sein Vater zu sicherem Anliegen und Zielen gar nicht die Zeit gehabt.

Der Toni war Gregor nicht gefolgt. Er beobachtete ihn gespannt.

Schon wollte es Gregor tief verstimmt und enttäuscht aufgeben. Er war sicher gewesen, auf dem rechten Wege zu sein; aber so siffig er auch suchte, nirgends war eine frische Schrunde in Rinde oder Holz zu entdecken. Da sah er unwillkürlich hoch hinauf an den Stämmen, und schrie fast auf vor Überraschung: „Da —!“ Er zeigte mit erhobenem Arm. Nein, es war kein Irrtum. „Da! Der zweite Schuß! Kommen Sie, Toni, überzeugen Sie sich!“

Aber der Toni stand wie festgebannt. Er sah den andern, der seiner grausam spottete, wie er wählte, nur noch in einem roten Nebel. Er hatte nicht die Kraft, sich noch länger zu verstellen und sich zur Wehr zu setzen.

Verwundert sah Gregor auf den Burschen, und wie er ihn so hölzern verkrampft, mit trotzig- und haberdülligem Gesicht stehen sah, da fiel es ihm wie Schuppen von den Augen.

Erschüttert durch die Pötzlichkeit der Erkenntnis, dem Manne gegenüberzustehen, der

auf seinen Vater geschossen und dessen Tod verursacht hatte, machte er unwillkürlich ein paar Schritte auf ihn zu. Der Toni aber, der sein Geheimnis verraten sah, wich leicht geduckt und doch abwehrbereit zurück, ohne den Blick von dem Kesen zu können, der seine Schuld aufgedeckt hatte.

„So also ist das damals gewesen —!“ sagte Gregor endlich in die lastende Stille hinein. „Warum?“

„Ich hab' nur nach den Hirschen schau'n woll'n. Da drunten wechseln sie gern herüber vom Hangwald vom Steinkogel. Ich hab' den Herrn vorher gar nicht bemerkt g'habt, erschrocken bin ich!“ Stammelnd suchte sich der Toni zu verteidigen. „Und wie er mich hört, fährt er auch schon auf und hebt die Büchse —“

„Und da hast du auf ihn geschossen?“

Stumm gab der Toni die Tat zu. Der andere hatte ja doch längst alles gewußt! Er fühlte sich unrettbar in eine Sackgasse gedrängt. „Zum Anlegen bin ich gar net mehr kommen, rein von selber is' der Schuß los'gegangen.“

Er stand neben dem Felsen, auf dem Gregors Janker und Rucksack lagen. Seine Linke tastete nach der Büchse, die an dem Latschenstamm hinter ihm lehnte, und schloß sich um das Ende des Laufs.

Gregor konnte das nicht sehen, er dachte auch nicht, daß ihm Gefahr drohte. Die Gewißheit betäubte in fast: Um eines wildernden Lumpen willen hatte also sein Vater verbieten müssen, wie ein angeschossenes Wild! Also Totschlag, wenn nicht Mord! Und ein anderer war in furchtbarem Verdacht gekommen.

Da war ihm, als hörte er einen fernen, hellen Ruf. Luschend und suchend blickte er überrascht zur Seite, auf den Mattenhang hinab, den sie heraufgekommen waren, und entdeckte die Zenz am Fuß des Hanges. Er verstand es nicht. Wie kam die Zenz hierher? Er hob die Hand, um ihr zu winken.

Den Augenblick nutzte der Toni. In seiner Erregung und Spannung hatte er den Ruf nicht vernommen. Er konnte nur eines denken: Jetzt! Jetzt sieht er nicht her! Er riß die Büchse hoch,

Nachrichten aus Süddeutschland

Soforthilfe für Studenten
Stuttgart. Im Rahmen des studentischen Soforthilfeprogramms haben 238 Studenten der technischen Hochschule in Stuttgart im Wintersemester 1949/50 Beihilfen zwischen fünfzig bis siebzig DM monatlich erhalten. Wie der Allgemeine Studentenausschuß der Hochschule mitteilt, wurden für sechzig Prozent der Unterstützungsempfänger außerdem die Studiengebühren ganz oder teilweise erlassen.

Professor Siebel Rektor der TH Stuttgart
Stuttgart. Der Vorsitzende der Materialprüfungsanstalt der Technischen Hochschule in Stuttgart, Professor Dr. Erich Siebel, wird als Nachfolger von Professor Dr. Schmitt das Amt des Rektors der Hochschule übernehmen. Dr. Siebel, der von dem Großen Senat der Technischen Hochschule zum neuen Rektor gewählt worden war, ist als Präsident des „Deutschen Normenausschusses“, als Vorsitzender des Verbandes der Materialprüfungämter und als Vorstandsmitglied des VDI in weiten Fachkreisen bekannt. Er ist zur Zeit mit der Herausgabe eines „Handbuches der Werkstoffprüfung“ beschäftigt.

Bretten will Umgehungsstraße bauen
Bretten. Die Stadtverwaltung Bretten trägt sich mit dem Gedanken, außerhalb der Stadt eine Umgehungsstraße zu bauen, die den gesamten Verkehr aus dem Rheinland in Richtung Stuttgart—München aufnehmen soll. Die Pläne wurden dem württembergisch-badischen Verkehrsministerium zur Begutachtung übersandt.

Geheime Werber für Fremdenlegion verhaftet
Rom. Die italienische Polizei kam einem ausgedehnten Netz von angeblichen Agenten ausländischer Fremdenlegionen auf die Spur. Meist sollte die illegale Auswanderung über die Alpen-Pässe erfolgen. Hierfür hatte jeder „Rekrut“ 30 000 Lire zu zahlen. Die Angeworbenen sollen sich aus Verbrechern, politisch Gesuchten oder Arbeitslosen zusammensetzen. Verschiedentlich sollen die Unglücklichen in der Bergesamkeit umgebracht und all ihrer Habe beraubt worden sein. Die Polizei vermutet, daß verschiedene ehemalige Angehörige der Giuliano-Bande zu der Organisation gehören.

Nach einem langen, arbeitsreichen Leben ist gestern am späten Nachmittag mein lb. Mann, unser lb. Vater und Großvater

Georg Ganzhorn

Oberlehrer i. R.

Im Alter von 89 Jahren entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Katharina Ganzhorn, geb. Betz
Familie Heinrich Ganzhorn.

Mauer, am 22. März 1939.

Die Beerdigung findet am Freitag, 24. März, um 14 Uhr statt.

Unsere innigstgeliebte Mutter

Frau Rosa Münch Wwe.

geb. Schoch

entschlief am 21. März nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 85 Jahren.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Geschwister Münch

Hochhausen/Neckar, 22. März 1939.

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, 13 Uhr in Hochhausen statt.

VERSCHIEDENES

Wer nimmt Beiladung von Frankfurt nach Heidelberg in der Zeit vom 27.-31. März mit? Offerten unter 12 823 an die Expedition.

Möbel-Beiladung

Richtung Stuttgart, sowie Braunschweig-Hamburg und zurück kann Ende März mitnehmen Fritz Feis, Möbelspedition, Plöck 73. Telefon 39 51

VERANSTALTUNGEN

Die Flüchtlingsvereinigung Mannheim, Landesmannschaft Pommern, ladet alle Pommern zum Heimatsabend mit anschließendem Tanz am Samstag, den 23. 3. 1939, 20.00 Uhr, in sämtlichen Räumen d. Gaststätte „Sachsen“, Mannheim N 7, ein. Karten an der Abendkasse.

HEIRATEN

Geschäftsführige Witwe (48) m. Vermögen, Grundbesitz, sucht Ehekamerad. Offerten unter 8704 an die Expedition.

Arterienverkalkung und hoher Blutdruck

mit ihrem schmerzhaften Begleiterscheinungen wie Herzschwäche, Schwindelgefühl, Nervosität, Kopfschmerz, Ohrensausen, Schulterschmerzen, allgemeines Schwächegefühl und zeitweiliger Leistungsabnahme werden seit vielen Jahren erfolgreich mit

Antisklerosin-Tabletten

behandelt. Antisklerosin enthält hochwirksame Blutdrucksenker, herzwirksame Kräftigungsmittel und -Extrakte, sowie eine seit vielen Jahren bewährte, jedoch vielfach vernachlässigte Blutreinigung. Antisklerosin stellt die Blutgefäße gleichzeitig von innen heraus in Richtung der Arterien wiederher. Dosis III, 1,50 in allen Apotheken. Heilbrunn-Deck, Mannheim

OFFENE STELLEN

Braves gesundes Mädchen in kath. Haushalt mit 7 Kindern gesucht. Angeb. unter 4761 an die Exped.

STELLENGESUCHE

Töcht., fleiß. Hausfrau sucht Stellg. als Hausdame oder Ähnliches. Prober, verträglicher Mensch aus gut. Hause, 26 J. alt. Angeb. u. 410 an Woymer Eder, Woma K. W. 7.

VERMIETUNGEN

Doppelzimmer auf Tage u. Wochen. Keplerstraße 14.

MIETGESUCHE

Zivilisierter sucht großes

gut möbl. Zimmer

mit Bad in der Friedrich-Ebert-Anlage. Zuschrift. unt. 12 828 a. d. Exped.

VERKÄUFE

1. Dreistrom-Motor, 80W 220-240 Volt; 2 PS mit eingebaut. Stern-Dreieckschalter, 1200 Amp. und 90 Meter NRH Kabel 400 Durchmess. Cu in gutem Zustand hat abzugeben Joh. Eries, Erlenbach, Ha. Nr. 128.

Güterhall, Heilbronn billig zu verk. Angeb. unter 12 822 an die Exped.

Kleberherd, weiß email., zu verk. H.-Hörbich, Augustastr. 11 I.

Jede Hausfrau ist oft ratlos, wenn sie sich um die Aufarbeitung der Matratzen der Firma Betten-Opel ohne teuer zu sein.

VON MORGENS BIS ABENDS

zur Aufarbeitung der Matratzen der Firma Betten-Opel ohne teuer zu sein. Machen Sie einen Versuch und schreiben od. telefonieren (027) Sie mir, wenn Sie meinen Rat brauchen.

KAUFGESUCHE

Herrn-Anzug, mittl., schlank, Gr. gut erhalten, zu kaufen gesucht. Preis-Angebote unter Nr. 12 820 an die Expedition.

AUTOMOBILE

MOVORADER, FARRADEN

OPEL

3 Liter, fahrbereit, neue Reifen und neue Batterie, gut im Polster und wird nach Wunsch lackiert, preiswert zu verkaufen. Richard, Lambert, Heidelberg, Plöck 27, Telefon 39 51

Ab Seepfatz eingetroffen:

Seelads ohne Kopf im Ganzen 900 gr DM **1.30**
Seelads-Filet 500 gr DM **1.30**

FERNER:
Holl. Vollhering 10 Stück DM **1.00**

Schreiber
OEGR. 1850

Neue Horex Regina kurzfristig lieferbar. Horex-Vertretung Robert Gramann, Heidelberg Mühlstr. 1, Telefon 39 58.

NSU-Gleich, neuw., für 300,- DM zu verkaufen. Wiesloch, Friedrichstr. 1, Telefon 39 58.

AMTL. BEKANNTMACHUNGEN

Antstgericht Heidelberg, Handelsregister. Für die Angaben in () keine Gewähr.

Neueintragungen

A Nr. 129. 18. 3. 1939. Kurt Lange in Heidelberg (Engros-Vertrieb von Rundfunkzubehör, Hauptstr. 96). Inhaber: Kurt Lange, Kaufmann in Heidelberg.

A Nr. 129. 18. 3. 1939. Kurpfälzische Handelsgesellschaft Dimpfel & Sohn in Heidelberg (Import u. Großhandel in Nahrungsmitteln, Genussmitteln, Übernahme von Fabrikvertretungen, Auslieferungslager; Neuer Güterbahnhof). Offene Handelsgesellschaft, begonnen 2. 1. 39. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Kaufmann Hermann und Erwin Dimpfel in Zeigelsheim.

A Nr. 129. 18. 3. 1939. Karl Viet in Heidelberg (Großhandel in Schmuckwaren; Brennerweg 30). Inhaber: Karl Viet, Goldschmied in Heidelberg-Kirchheim.

A Nr. 129. 18. 3. 1939. Müllers & Co. in Heidelberg (An- und Verkauf von Bau- u. Wohnbedarf; Pfaffenweg 9). Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. März 1939. Gesellschafter: Hans Müllers, Kaufmann in Heidelberg-Pfaffengrund, Hans Müllers, Ehefrau geb. Dietner in Heidelberg-Pfaffengrund.

A Nr. 129. 17. 3. 1939. Fritz Kopp K.G. vorm. Kopp & Detzner in Heidelberg (Kolonialwaren- und Weingroßhandel, Kaffeespinnerei, Rohrbacher Str. 148). Persönlich haftende Gesellschafter: Werner Croissant, Ehefrau Lotte Hildegard geb. Kopp in St. Ilgen, Kommanditistin seit 1. Januar 1939, 2 Kommanditisten.

Der Sitz der Gesellschaft ist von Mannheim nach Heidelberg verlegt. Gleichzeitig wurde eingetragen: Frau Croissant ist als persönlich haftende Gesellschafterin ausgeschlossen. Persönlich haftender Gesellschafter ist jetzt Kaufmann Fritz Kopp in Heidelberg. Ein Kommanditist ist ausgeschlossen, ein Kommanditist ist eingetragen. Die Einlagen sind in DM festgesetzt. Frau Lieselotte Hildegard Croissant geb. Kopp in Heidelberg hat Einzelprokura.

Veränderungen

A Nr. 129. 18. 3. 1939. Jockey-Club J. Weber Sohn in Heidelberg (Offenartikel und Herrenwäsche nach Maß; Hauptstraße 74). Inhaber ist Walter Holste in Heidelberg.

A Nr. 263. 16. 3. 1939. Ludwig Bekker in Heidelberg (Fischereibedarf, Därme und Gewürze; Bergheimer Str. 124). Jetzt offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. 1. 39. Persönlich haftende Gesellschafter: Jakob Beckhoff und Ehefrau Anna geb. Becker, Rosa Becker, ledig, alle in Heidelberg.

A Nr. 778. 18. 3. 1939. Kurt Vowinkel in Heidelberg (Buch- und Zeitschriftenverlag; Schloß-Wolfsbrunnweg 30). Kommanditgesellschaft, begonnen 1. 12. 1938. Es ist eine Kommanditistin eingetragen. Die Einzelprokura der Frau Ella Vowinkel und die des Herbert Müller bleiben bestehen. Die Prokura Wolfgang Wachsmuth u. Rudolf Trebbow ist erloschen.

A Nr. 814. 18. 3. 1939. Josef Reichwein in Schönau (Lebensmittel; Hauptstraße 31). Inhaber ist Karl Reichwein in Schönau. Er hat das Geschäft von der Witwe u. Alleinerbin des am 18. Juni 1938 verstorbenen Inhabers Josef Reichwein mit Wirkung vom 1. 1. 39 übernommen. Die Witwe ist geändert in Karl Reichwein.

A Nr. 1088. 18. 3. 1939. Oswald K.G. Luchterhand Stahlachalungen in Heidelberg. Es ist ein Kommanditist ausgeschlossen. Die Einlage eines Kommanditisten ist erhöht.

A Nr. 1284. 18. 3. 1939. Brennstoff & Transportgesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg. Durch Gesellschafterbeschluss vom 7. Dezember 1938 ist die Gesellschaft aufgelöst und Kaufmann Friedrich Meiss in Eppelheim zum Liquidator bestellt.

Erlöschen

A Nr. 47. 18. 3. 1939. J. A. Schmidt in Dusseldorf. Zur Veröffentlichung des Erlöschens der Firma Dentistischer Verlag Alfred Hüthig in Heidelberg wird als nicht eingetragen ergänzend bekannt gemacht. Der dentistische Verlag ist mit dem Verlag der Firma Dr. Alfred Hüthig-Verlag im Handelsregister eingetragenen Unternehmen vereinigt worden.

Musterregister

Band II Nr. 221. Melanitt Kunststoffabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg. Mit Korrekturen versehenes profilierte Gummiabziege; Fabriknummer 24, in versiegelter Umhüllung, Schutzfrist 5 Jahre. Angemeldet am 18. 3. 39, 15.00 Uhr. Plastische Erzeugnisse.

Zum Offeneinsatz!

Aufarbeitung der Betten

Federbetten - Matratzen - Stepp- u. Daunendecken

Bettfedern 1/2 kg ab **4.50**
Spezialmarken 6.- 7.50 9.- und höher
äußerst feinkörnig

Eigene Werkstätten

Betten-Hippius

Das altbekannte Spezialhaus Heidelbergs mit neuester elektrischer Federreinigungs-Anlage

Hauptstraße 146 (alte Universität a. Jesuitenkirche) Tel. 21 29

Ein unvergeßliches Ostererlebnis!

Unsere 4-Tagefahrt ab Karfreitag

HOCHALGXU - BODENSEE - SCHWARZWALD

mit 3 Übernachtungen in Hindelang, Fahrt über Oberjoch zur Tiroler Grenze und Sonderfahrt nach Oberstdorf. Gelegenheit zum Skilauf auf dem Nebelhorn (1224 m) mit Reiskartens. etaschl. erstkl. Unterkunft und Verpflegung DM 64.-. Anmeldungen schnellstens, da nur noch eine geringe Anzahl Plätze! Verlangen Sie Prospekte unserer weiteren Osterfahrten.

AUTOBUS - REISEBÜRO

der Heidelberger Straßen- und Bergbahn A. G.
am Bismarckplatz - Telefon 2381/82, 4236

STADT. BUNNEN HEIDELBERG

Donnerstag, 23. März, 19.30: „Der Wildschütz“, komische Oper v. Albert Lortzing. (Miete G, 13, u. fr. Verk.) Pr.: 1.- bis 1.50.

Freitag, 24. März, 19.30: „Der Vogelkändler“, Operette von Carl Zeller. (Auder Platzmiete.) Preise: 1.- bis 1.50 DM.

Das beste Geschenk für Konfirmanden ist das gute Buch!

Wir empfehlen folgende in allen Buchhandlungen erhältliche Bücher:

Dieter Pfeffer

Heidelberger Almanach

160 Seiten, geschmackvoller Pappband mit zahlr. Zeichnungen Alt-Heidelbergs von Helmut Striegel, 1.20 DM.

In geschichtlicher Folge schildern Dichter und Gelehrte aller Zeiten in Poesie und Prosa den Zauber der alten Universitätsstadt und der einmaligen Landschaft Heidelbergs.

Marianne Siebold

Die Forsthausmädels

240 Seiten, brosch. mit farbigem Schutzumschlag, künstlerisch illustriert von Hans Gotha, 2.80 DM

Eine unterhaltsame Jungmädchengeschichte der Forsthausmädels Ulrike, Veronika und Hede, beschwingt eingebettet in das landschaftliche und jagdliche Erlebnis des Odenwaldes.

Fred Wübber

Michael und der kleine Soldat

52 Seiten, farbiger Pappband mit Cataphanumschlag, künstlerisch illustriert von Edgar John, Geschenksausgabe 1.20 DM.

Die schwabende Heiterkeit der Novelle nimmt jeden Leser gefangen. Der Autor schildert Erlebnisse des von seinem Talisman begleiteten Fliegers Michael, in deren Mittelpunkt eine betörende Liebeshölle steht.

Gerhard Pfeffer / Werner Schachner

Schuldbürgerstreich und Eulenspiegelien

125 Seiten, vornehmer Pappband mit farbigem Schutzumschlag, mit künstlerischen Holzschnitten von Christo Popoff, 2.00 DM.

Der Band bietet in glücklicher Auswahl die volkstümlichen Schwänke und Streiche der Schuldbürger wie eines Till Eulenspiegels.

JEDERMANN-VERLAG Heidelberg